



30 Jahre Wiedervereinigung

697 Editorial von C. Katharina Spieß

699 Bericht von Denise Barth, Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeiterwerbstätigkeit

707 Bericht von Sophia Schmitz und Felix Weinhardt

Zuzug aus der ehemaligen DDR hatte positive Effekte auf den Beschäftigungsumfang westdeutscher Frauen

713 Bericht von Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan

Gesetzliche Renten gleichen sich in Ost- und Westdeutschland an – dennoch klaffen Alterseinkommen auseinander

721 Bericht von Stefan Liebig, Laura Buchinger, Theresa Entringer und Simon Kühne

Ost- und Westdeutschland in der Corona-Krise: Nachwendegeneration im Osten erweist sich als resilient

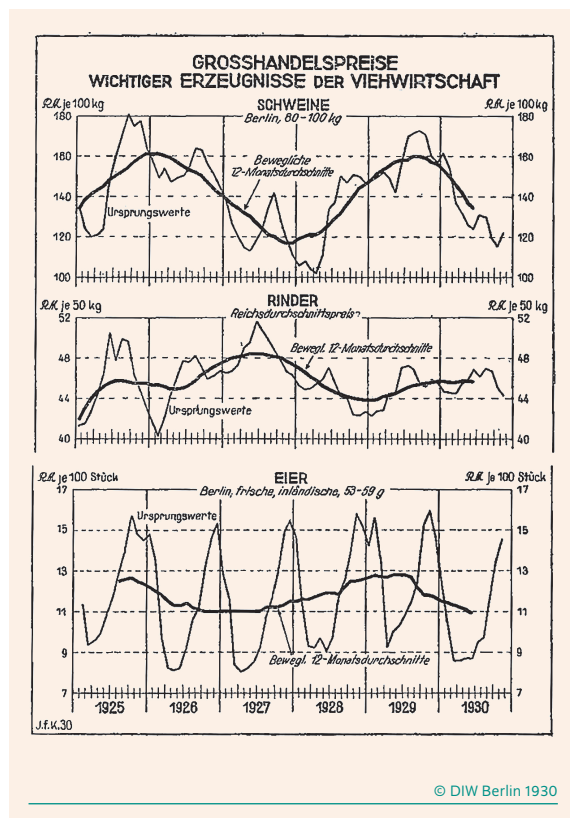
730 Interview mit C. Katharina Spieß

734 Kommentar von Franziska Schütze

Grüne Bundesanleihen brauchen grüne Investitionen



Strukturwandlungen in der Landwirtschaft.



Bei einer Reihe wichtiger Agrarerzeugnisse ist der Preissturz der letzten Monate nicht nur eine Folge vorübergehender (konjunktureller) Einflüsse. Es handelt sich vielmehr zum Teil um strukturelle Verschiebungen, die zu einer dauernden Rentabilitätsminderung einzelner Zweige der Landwirtschaft führen können. Insbesondere trifft dies bei Roggen, Kartoffeln und Hafer zu, während zum Beispiel bei der Schweineproduktion sowie bei Milch und Molkereierzeugnissen die strukturellen Einflüsse weniger stark wirksam sind. Diese Strukturwandlung ist auf den Weltmärkten schon seit einer Reihe von Jahren im Gange. In Deutschland tritt sie erst neuerdings in voller Schärfe in Erscheinung, nachdem sie einige Jahre lang durch handelspolitische Maßnahmen hintangehalten werden konnte.

Aus dem Wochenbericht Nr. 38 vom 17. Dezember 1930

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 16. September 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Mirjam Fischer; Jonas Jessen; Dr. Jan Goebel; Annetkatrin Schrenker

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

„Good Bye, Alleinernährer“ und andere Entwicklungen 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung

Von C. Katharina Spieß

In diesem Jahr feiern wir am 3. Oktober den 30. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung. Für viele stellte dieser Tag damals einen Neuanfang dar, verbunden aber auch mit Abschieden. In den vier Jahrzehnten getrennter Vergangenheit hatten sich die politischen und wirtschaftlichen Systeme, aber auch die gesellschaftlichen und kulturellen Werte sehr unterschiedlich entwickelt. Die Wiedervereinigung bedeutete gerade für viele Menschen der ehemaligen DDR einen radikalen Bruch mit dem bisherigen Leben.

Wenn heute Beispiele angeführt werden, was in der DDR besser lief als in der BRD, dann wird vielfach die Geschlechtergleichstellung angeführt. Fakt ist, dass die Erwerbsquote von Frauen im arbeitsfähigen Alter in der DDR sehr viel höher war als die von westdeutschen Frauen – zeitweise war sie sogar die höchste weltweit.

Inwiefern Frauen in der damaligen DDR tatsächlich gleichberechtigter waren, darüber wird auch heute noch vielfach diskutiert: So waren auch in der DDR Teilzeitpositionen überwiegend von Frauen besetzt und der Anteil von Frauen in Führungspositionen sehr gering.¹ Fakt ist aber auch, dass die ehemalige BRD beim Thema Gleichberechtigung im Erwerbsleben stark hinterherhinkte. Hier herrschte lange Zeit das Alleinernährermodell vor: Der Mann war in Vollzeit erwerbstätig, während Frauen mit Kindern in der Regel keiner entlohnten Arbeit nachgingen. Mit der Zeit setzte sich im Westen aber mehr und mehr das Zuverdienermodell durch: Frauen wurden zunehmend erwerbstätig – meist in Teilzeit.

Vielfach wurde davor gewarnt, dass die deutsche Einheit für Ostdeutschland zunächst einen Rückschritt in der Gleichstellung von Mann und Frau bedeute. Fraglich ist, ob sich

dies bei der Erwerbstätigkeit bewahrheitet hat und inwiefern es Unterschiede zwischen den Kohorten je nach Herkunft gibt. Aufgrund von Unterschieden in der Erwerbstätigkeit sind naturgemäß auch Unterschiede in der Rente zu erwarten – zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männern. Darüber hinaus stellt sich sich aus aktuellem Anlass die Frage: Inwiefern führen unterschiedliche Erfahrungen mit Krisen in beiden Teilen Deutschlands in den verschiedenen Generationen zu einer anderen Bewertung und einem anderen Erleben der Corona-Krise?

Wie sich die beiden Teile Deutschlands seit der Wiedervereinigung bei Erwerbstätigkeit, Rente und Wohlbefinden entwickelt haben, damit befassen sich die vier Berichte dieser Ausgabe.

In einem ersten Bericht untersuchen Denise Barth, Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich die Berufstätigkeit von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern und die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern. Es zeigt sich, dass sich die Erwerbstätigkeit in den vergangenen 30 Jahren in Ost- und Westdeutschland angeglichen hat. Dies geht einher mit einer steigenden Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern – insbesondere im Westen. Gleichwohl sind nach wie vor Unterschiede in Hinblick auf das Erwerbsvolumen festzustellen: Mütter in Ostdeutschland arbeiten sehr viel eher Vollzeit als Mütter im Westen. Bemerkenswert ist, dass Frauen jüngerer Kohorten in beiden Landesteilen einer Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern weniger zustimmen als ältere Kohorten. Es wird sich zeigen, ob sich dies mit dem geplanten weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kita- und Grundschulkinder ändert.

Die Wiedervereinigung hat nicht nur im Osten zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen geführt.

¹ Vgl. beispielsweise Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland (online verfügbar, abgerufen am 04.09.2020).

Wie der Zuzug von Menschen aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland die Erwerbstätigkeit von westdeutschen Frauen beeinflusst hat, damit befasst sich der zweite Beitrag von Sophia Schmitz und Felix Weinhardt. Das Ergebnis ist, dass insbesondere bereits erwerbstätige Frauen in Westdeutschland ihre Arbeitszeit erhöht haben, wenn kurz nach der Wiedervereinigung relativ viele Menschen aus der ehemaligen DDR zuzogen. Der Bericht findet keinen Beleg für die These, dass wirtschaftliche Veränderungen diese Effekte verursachten. Ein möglicher Erklärungsansatz dafür ist vielmehr, dass sich die sozialen und kulturellen Normen in westdeutschen Regionen durch den Zuzug veränderten, da für die Zugezogenen Familien- und Erwerbsarbeit besser vereinbar waren. In der DDR sozialisierte Menschen, die nach Westdeutschland gezogen sind, könnten neben dem Umfang der Erwerbstätigkeit also auch die Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Westdeutschland beeinflusst haben.

Der dritte Beitrag befasst sich mit dem Renteneinkommen und anderen Alterseinkommen in Ost- und Westdeutschland. Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan zeigen, dass im Durchschnitt ostdeutsche Männer und noch ausgeprägter ostdeutsche Frauen höhere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen als vergleichbare Personen in Westdeutschland. Der Unterschied bei den Frauen muss auch in Zusammenhang mit der höheren Erwerbstätigkeit derselben in Ostdeutschland gesehen werden. Dennoch beziehen die Westdeutschen insgesamt sehr viel höhere Alterseinkommen, wenn auch andere Einkommenskomponenten, insbesondere die privaten und betrieblichen Renten sowie die Vermögenseinkommen, berücksichtigt werden. Den heutigen Rentnerinnen und Rentnern, die vor allem in der DDR erwerbstätig waren, fehlte meist die Möglichkeit, Vermögen oder private Rentenanwartschaften aufzubauen. Um die jüngeren Generationen

besser zu wappnen und die Renteneinheit voranzutreiben, empfehlen die Autoren beispielsweise eine geeignete Kombination aus verpflichtender privater oder betrieblicher Altersvorsorge und finanzieller Unterstützung durch den Staat.

Der vierte Bericht geht der Frage nach, inwiefern sich die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland in Hinblick auf ihr Wohlbefinden unterscheidet. Dazu haben sich Stefan Liebig, Laura Buchinger, Theresa Entringer und Simon Kühne aktuelle Daten aus der Zeit des Corona-Lockdowns angeschaut. Zwar haben sich Ost- und Westdeutsche in Hinblick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit in den vergangenen 30 Jahren deutlich angenähert, gleichwohl es noch Unterschiede gibt. Mit dem Beginn der Maßnahmen zum Infektionsschutz in der Corona-Krise zeigen sich aber wieder unterschiedliche Entwicklungspfade: Bei den Ostdeutschen steigt zunächst die Einsamkeit stärker an als im Westen – fällt aber wiederum rascher ab als im Westen. Im Osten lebende Frauen sind stärker mental betroffen als Männer und Frauen in Westdeutschland. Allerdings erweisen sich jüngere Kohorten im Osten krisenresilienter als ihre AltersgenossInnen im Westen und insbesondere ältere Generationen im Osten.

Insgesamt zeigen die vier Berichte, dass sich in den vergangenen 30 Jahren die beiden Teile Deutschlands angenähert haben, wenn es um die Erwerbstätigkeit und die Erwerbs-einstellungen von Frauen und insbesondere Müttern geht. So haben sich Entwicklungen im Westen an die des Ostens angepasst, aber auch umgekehrt. Dennoch bleiben Unterschiede bestehen – vor allem beim Alterseinkommen. Die deutsche Einheit ist nach 30 Jahren vielfach vollzogen – dennoch müssen in manchen Bereichen noch die Folgen von Unterschieden in der Vergangenheit angegangen werden.

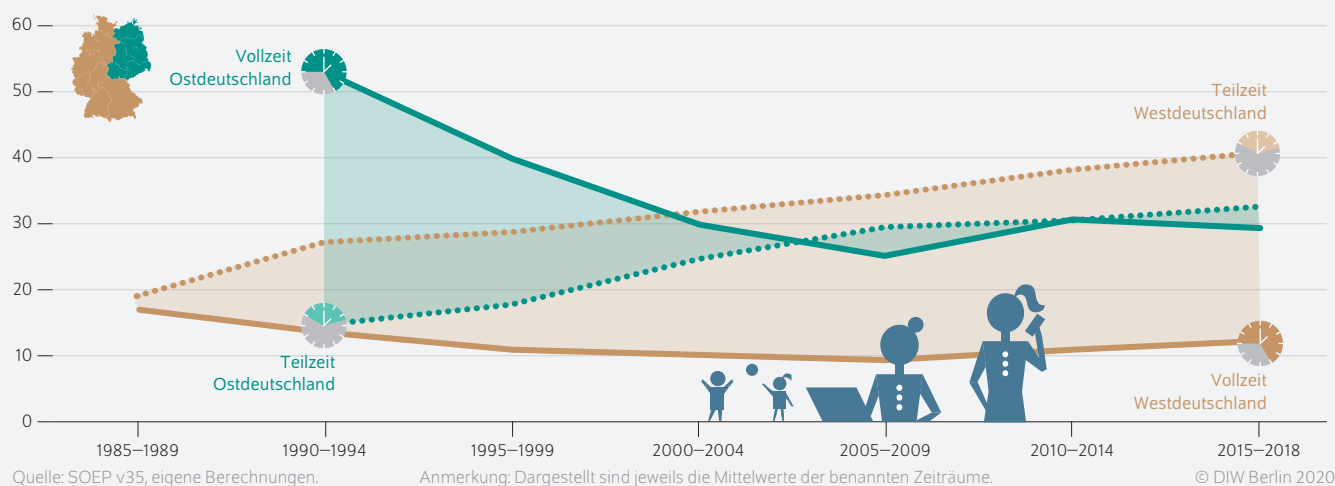
Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeiterwerbstätigkeit

Von Denise Barth, Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

- Bericht untersucht Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter elf Jahren seit der Wiedervereinigung in Ost und West
- Angleichung der Erwerbstätigenquoten von Müttern in beiden Landesteilen
- Teilzeitquoten von Frauen steigen in Ost und West
- Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern im Ostdeutschland immer noch deutlich höher
- Vor allem im Osten stimmen Frauen jüngerer Kohorten Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern seltener zu als Frauen älterer Kohorten

Erwerbstätigkeit von Müttern mit jüngeren Kindern seit der Wiedervereinigung: im Osten weniger Vollzeit, in Ost und West mehr Teilzeit

Anteil der in Voll- oder Teilzeit erwerbstätigen Mütter mit jüngstem Kind unter elf Jahren in Prozent



ZITAT

„Ob der weitere Ausbau der Tagesbetreuung für Kita-Kinder und Grundschulkinder zu anderen Entwicklungen bei der Teil- und Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern führt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.“

— C. Katharina Spieß —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit C. Katharina Spieß
www.diw.de/mediathek

Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeiterwerbstätigkeit

Von Denise Barth, Jonas Jessen, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

ABSTRACT

Bei der Organisation von Familien- und Erwerbsarbeit gab es vor der Wiedervereinigung große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Seit der Wiedervereinigung haben sich die Erwerbstätigenquoten von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern allerdings angeglichen. Dies ging einher mit einer steigenden Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern, insbesondere in Westdeutschland. Nach wie vor gibt es allerdings Unterschiede bei der Arbeitszeit. Mütter in Ostdeutschland arbeiten deutlich häufiger in Vollzeit als Mütter in Westdeutschland. Bei Frauen jüngerer Kohorten ist die Zustimmung zur Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern jedoch vor allem im Osten geringer als bei Frauen älterer Kohorten. Es bleibt abzuwarten, ob der weitere Ausbau der Tagesbetreuung in Kitas und Grundschulen hier zu einer Veränderung in den Einstellungen und damit auch in der Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern führt.

Bei der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit sind die beiden Teile Deutschlands viele Jahre sehr unterschiedliche Wege gegangen. Aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Leitbilder zur Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere Müttern, war in der DDR mehrheitlich das Modell der „universellen Erwerbstätigkeit“ vorzufinden: Aufgrund einer flächendeckenden staatlichen Kindertagesbetreuung waren in der Regel sowohl Mütter als auch Väter in Vollzeit erwerbstätig. Dieses Erwerbsmodell wurde von der Regierung aktiv propagiert. Sich einer geregelten Arbeit zu entziehen galt laut Strafgesetzbuch der DDR als „asoziales Verhalten“ und konnte sogar mit einer Haftstrafe belegt werden.¹ In der Bundesrepublik wurde in dieser Zeit zumeist das Modell des „Familienernährers“ gelebt, in dem der Vater einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachging und die Mutter sich um die Kinderbetreuung kümmerte. Erst mit der Zeit etablierte sich in Westdeutschland das „Zuverdienstmodell“, bei dem Mütter zunehmend einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen.² Dies lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass sich die Kindertagesbetreuung in Westdeutschland bis Mitte der 2000er Jahre mehrheitlich auf den Bereich der Kinder ab drei Jahren beschränkte. Zudem boten die staatlich finanzierten Einrichtungen lange Zeit nur eine Halbtagsbetreuung am Vormittag an, was eine Vollzeiterwerbstätigkeit beider Elternteile erschwerte.³

¹ § 249, Strafgesetzbuch der DDR. Siehe auch: Miriam Beblo und Luise Görges (2018): On the nature of nurture. The malleability of gender differences in work preferences. *Journal of Economic Behavior & Organization* 151, 19–41.

² Zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Leitbildern in BRD und DDR und den Unterschieden in der Erwerbsbeteiligung siehe beispielsweise Rachel A. Rosenfeld, Heike Trappe und Janet C. Gornick (2004): *Gender and Work in Germany: Before and After Reunification*. *Annual Review of Sociology* 30, 103–124. Für eine zusammenfassende Darstellung vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): *Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. Deutscher Bundestag Drucksache 18/12840 (online verfügbar, abgerufen am 30.08.2020). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

³ Vgl. C. Katharina Spieß und Felix Büchel (2002): *Müttererwerbstätigkeit und Kindertageseinrichtungen – neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang*. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* Nr. 71, 96–114.

Kasten

Datengrundlage

SOEP

Die Analysen zur Erwerbstätigkeit basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine seit 1984 laufende, repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland.¹ Derzeit werden bundesweit jedes Jahr mehr als 30 000 Personen in etwa 17 000 Haushalten zu unterschiedlichen Themen befragt. Die vorliegenden Analysen verwenden Daten der Jahre 1985 bis 2018, wobei 2018 die aktuellste SOEP-Welle ist, welche der Wissenschaft zur Analyse vorliegt. Bereits 1990 – noch vor der Wiedervereinigung – wurde Ostdeutschland in die Befragung integriert. Die Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland in der Analyse bezieht sich jeweils auf den aktuellen Wohnort des Haushalts.

Als Erwerbstätige werden alle Befragten bezeichnet, die einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung oder einer geringfügigen beziehungsweise unregelmäßigen Beschäftigung nachgehen oder sich in der Ausbildung befinden. Die Quote der Vollzeiterwerbstätigkeit beschränkt sich auf Befragte, die angeben, einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachzugehen, und die Quote der Teilzeiterwerbstätigen auf diejenigen, die angeben, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Letztere Gruppe schließt geringfügig Beschäftigte und Auszubildende aus. Die berichteten Quoten beziehen sich auf Fünfjahresmittelwerte mit der Ausnahme des letzten Messzeitpunktes, welcher die Jahre 2015 bis 2018 umfasst. Dies ermöglicht für alle Gruppenunterschiede eine ausreichende Fallzahl zur Berechnung der Anteile.

ALLBUS

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist eine Querschnittserhebung, die der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung dient. Der ALLBUS wird seit 1980 alle zwei Jahre vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim (GESIS) in Zusammenarbeit mit der Studien-Koordinationsgruppe ALLBUS (KG ALLBUS) als wissenschaftliches Beratungsgremium durchgeführt.²

Der Fragebogen umfasst in jeder Welle demographische Merkmale wie Familienstand, Haushaltszusammensetzung, Bildung und Beruf sowie grundlegende gesellschaftlich relevante Merkmale wie beispielsweise das politische Interesse und das Wahlverhalten. Darüber hinaus gibt es kleinere Frageblöcke zu bestimmten Themengebieten, die im Abstand von vier bis sechs Jahren wiederholt werden. Dies ermöglicht die Bildung von langen Zeitreihen für sozialwissenschaftlich relevante Variablen und damit die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels.

Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfrage bestand bis einschließlich 1990 aus allen wahlberechtigten Personen der Bundesrepublik und West-Berlins, die in Privathaushalten leben. Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung wurde eine zusätzliche Umfrage außerhalb des gewohnten Turnus durchgeführt. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Bis 1990 betrug die Stichprobengröße 3000 Befragte aus der Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Privathaushalten der ehemaligen Bundesrepublik inkl. West-Berlins. In der ALLBUS-Baseline-Studie 1991 wurden gleich viele Interviews in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Die ostdeutschen Bundesländer sind in der ALLBUS-Stichprobe überrepräsentiert. Seit 1992 entfallen 2400 Interviews auf Westdeutschland und 1100 Interviews auf Ostdeutschland.

In der vorliegenden Untersuchung werden die Einstellungen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbsbeteiligung von Müttern analysiert. Diese werden seit 1992 alle vier Jahre in Form folgender Fragen erhoben:

Über die Aufgaben der Frau in der Familie und bei der Kindererziehung gibt es verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir nun zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr

- Voll und ganz zustimmen,
- Eher zustimmen
- Eher nicht zustimmen oder
- Überhaupt nicht zustimmen.

„Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“

„Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“

„Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.“

Die Antworten bezüglich der Zustimmung zu diesen Aussagen wurden in „Zustimmung“ („stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“) und „Nicht-Zustimmung“ („stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“) zusammengefasst. Es wurde ein additiver Index über diese drei Antworten gebildet, wobei die zweite Frage mit umgekehrtem Vorzeichen kodiert wurde. Auf Basis dieser Definition wurden die Befragten in jene mit „traditionellem“ und jene mit „egalitärem“ Rollenverständnis eingeteilt.³

¹ Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239(2), 345–360.

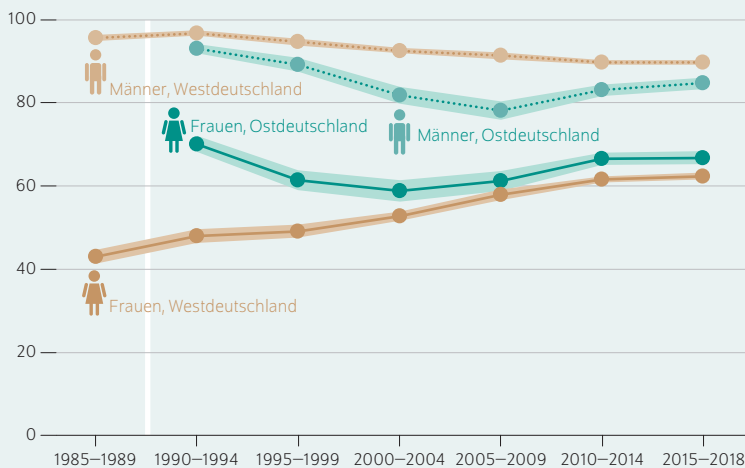
² Martina Wasmer et al. (2017): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2014. GESIS Papers 2017/20 (online verfügbar).

³ Vgl. auch Michael Blohm und Jessica Walter (2018): Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitverlauf. Datenreport 2018 der Bundeszentrale für politische Bildung (online verfügbar).

Abbildung 1

Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern mit jüngstem Kind unter elf Jahren

In Prozent



Anmerkung: Anteil an jeweiliger Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, einschließlich geringfügig Beschäftigten und Auszubildenden (vgl. Kasten). Dargestellt sind Mittelwerte für die jeweiligen Zeiträume. Die schattierten Flächen stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v35.

© DIW Berlin 2020

Die Erwerbstätigenquote der Mütter in Ost- und Westdeutschland hat sich angeglichen.

Wie sich die Erwerbstätigkeit von Eltern seit der Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands⁴ entwickelt hat, ist der Gegenstand des ersten Teils dieses Berichts. Im zweiten Teil wird den Einstellungen zur Erwerbstätigkeit nachgegangen. Der Fokus liegt jeweils auf der Erwerbstätigkeit von Müttern, da hier nach wie vor die größten Unterschiede zu beobachten sind. Dabei geht es primär um die Gruppe der Eltern mit Kindern unter elf Jahren, also Kinder im sogenannten Krippen-, Kindergarten- oder Grundschulalter.⁵ Die Analysen zur Erwerbstätigkeit beruhen auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), eines für Gesamtdeutschland repräsentativen Haushalts- und Personenpanels. Die Untersuchung der Einstellungen beruht auf den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS, siehe Kasten).

Angleichung der Erwerbstätigenquoten von Müttern in Ost und West

Direkt nach der Wiedervereinigung gab es bei den Müttern betreuungsbedürftiger Kinder große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, nicht jedoch bei den Vätern

(Abbildung 1).⁶ Die durchschnittlichen Erwerbstätigenquoten der Jahre 1990–1994 unterschieden sich für Väter zwischen Ost- und Westdeutschland um lediglich vier Prozentpunkte, mit einem etwas höheren Wert im Westen. Dagegen betrug der Unterschied bei Müttern 22 Prozentpunkte, mit einer Erwerbstätigenquote von lediglich 48 Prozent im Westen und einer deutlich höheren von 70 Prozent im Osten.

Nach der Wiedervereinigung nahm die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland aufgrund der damaligen gesamtwirtschaftlichen Situation grundsätzlich ab.⁷ Die Erwerbstätigenquote von Vätern ging zwischenzeitlich deutlich stärker als im Westen zurück, hat aber in den letzten Jahren fast wieder das Niveau Westdeutschlands erreicht. Die Erwerbstätigkeit von Müttern sank in Ostdeutschland ebenfalls deutlich: In den Jahren 1990–1994, also direkt nach der Wiedervereinigung, lag die Erwerbstätigenquote von Müttern noch 22 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland, im Zeitraum 2000–2004 betrugen die Unterschiede nur noch sechs Prozentpunkte. In Westdeutschland nahm die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter elf Jahren über den gesamten Zeitraum dagegen zu. Seit dem Zeitraum 2005–2009 hat sich die Müttererwerbstätigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland beinahe angeglichen, der Unterschied betrug zuletzt nur noch gut vier Prozentpunkte.⁸

Darüber hinaus zeigen ergänzende Analysen für Eltern, deren jüngstes Kind unter drei Jahren oder unter sechs Jahren ist, über den gesamten Beobachtungszeitraum eine ähnliche Angleichung zwischen Ost und West; lediglich bei den Müttern mit Kindern unter drei Jahren ist die Erwerbstätigkeit im Zeitraum 2015–2018 im Osten um acht Prozentpunkte höher als im Westen.

Nach wie vor große Unterschiede bei der Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern

Eine Betrachtung des Erwerbsvolumens zeigt, dass sich hinter der Angleichung der Erwerbstätigkeit große Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit und deren Entwicklung verbergen.⁹ Der Verlauf der Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter elf Jahren und anderen Frauen (d.h. Frauen mit älteren Kindern oder Frauen ohne Kinder) unterscheidet sich stark: In den Jahren nach der Wiedervereinigung waren die Unterschiede in der Vollzeiterwerbstätigkeit in Ostdeutschland zwischen Frauen mit

⁶ Für die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Müttern auf der Basis des Mikrozensus vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Ausgeübte Erwerbstätigkeit von Müttern. Erwerbstätigkeit, Erwerbsumfang und Erwerbsvolumen 2010 (online verfügbar). Es zeigen sich bei einer entsprechenden Gruppenbildung vergleichbare Erwerbstätigenquoten wie bei den Berechnungen in diesem Bericht auf der Basis des SOEP.

⁷ Vgl. Peter Krause (2019): 30 Jahre seit dem Mauerfall: Fortschritte und Defizite bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. DIW Wochenbericht Nr. 45, 827–838 (online verfügbar).

⁸ In Ostdeutschland liegt die Erwerbstätigenquote von Müttern, wenn auch geringfügig, über der in Westdeutschland; bei Vätern ist es umgekehrt. Somit sind Geschlechterunterschiede in der Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland deutlich geringer ausgeprägt.

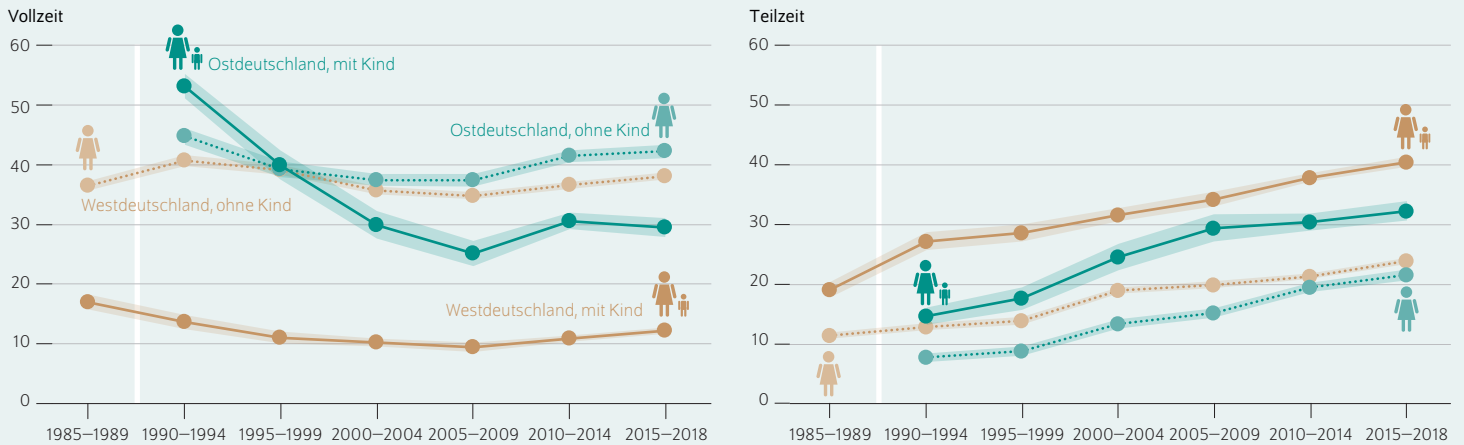
⁹ Für eine entsprechende Analyse bis zum Jahr 2002 vgl. auch Michaela Kreyenfeld und Esther Geisler (2006): Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Zeitschrift für Familienforschung Nr. 3, 333–360.

⁴ In den vorliegenden Analysen wird Berlin jeweils Ostdeutschland zugeordnet. Daten von West-Berlin werden somit erst ab 1990 verwendet.

⁵ Obwohl einige Bundesländer wie Berlin und Brandenburg eine sechsjährige Grundschule haben, beziehen sich die Analysen auf Eltern mit Kindern unter elf Jahren, da dies mehrheitlich die Kinder sind, die noch nicht die Sekundarstufe I besuchen.

Abbildung 2

Erwerbstätigkeit von Frauen mit und ohne jüngstem Kind unter elf Jahren In Prozent



Anmerkung: Anteil an jeweiliger Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, ohne geringfügig Beschäftigte und Auszubildende (vgl. Kasten). Dargestellt sind Mittelwerte für die jeweiligen Zeiträume. Die schattierten Flächen stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von SOEP v35.

© DIW Berlin 2020

Während Frauen aller Gruppen zunehmend in Teilzeit arbeiten, ist die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland immer noch deutlich höher.

und ohne betreuungsbedürftige Kinder relativ gering (Abbildung 2, links). In beiden Gruppen arbeiteten deutlich mehr Frauen in Vollzeit als in Westdeutschland. Im Osten waren Frauen mit einem betreuungsbedürftigen Kind sogar häufiger vollzeiterwerbstätig als Frauen ohne betreuungsbedürftige Kinder im Westen. Im Zeitraum 1990–1994 waren in Westdeutschland etwa 14 Prozent der Mütter, deren jüngstes Kind unter elf Jahren war, vollzeiterwerbstätig, während es fast drei Mal so viele bei der anderen Gruppe von Frauen waren (41 Prozent).

Seitdem ist die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter elf Jahren in Ostdeutschland stark gesunken. Trotzdem gibt es immer noch sehr große Unterschiede zwischen Ost und West. Auch knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unterschieden sich die Quoten mit zwölf Prozent im Westen und 29 Prozent im Osten zuletzt immer noch stark. Zudem war der Unterschied zwischen den beiden Gruppen von Frauen mit und ohne betreuungsbedürftige Kinder mit zuletzt 26 Prozentpunkten im Westen immer noch sehr viel größer als mit 13 Prozentpunkten im Osten, wo die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern also nach wie vor eher derjenigen von Frauen ohne betreuungsbedürftige Kinder entspricht. Die Quote der vollzeiterwerbstätigen Frauen ohne betreuungsbedürftige Kinder hat sich seit der Wiedervereinigung in Ost und West kaum verändert, wobei sie in Ostdeutschland immer etwas über dem Niveau von Westdeutschland lag.

Eine ergänzende Analyse der Vollzeiterwerbstätigenquoten nur für Mütter, deren jüngstes Kind unter drei Jahren ist, zeigt allerdings, dass sich diesbezüglich Mütter im Osten der

vergleichbaren Gruppe im Westen angeglichen haben. Sie weisen mit 14 Prozent im Zeitraum 2015–2018 eine relativ niedrige Quote auf. Dies ist auch im Kontext der sich verändernden Elternzeitregelungen zu betrachten.¹⁰

Besonders starker Anstieg der Teilzeitquote von Müttern im Osten

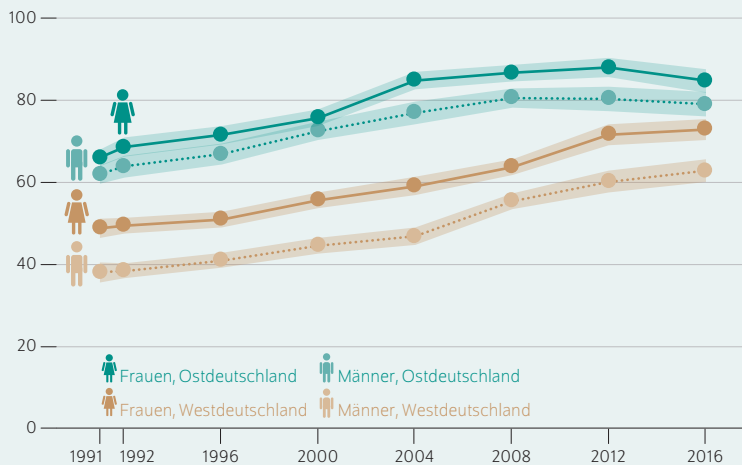
Eine Betrachtung der Entwicklung der Teilzeiterwerbstätigkeit im gleichen Zeitraum zeigt ein anderes Bild: Hier ist für alle Frauen seit der Wiedervereinigung ein Anstieg zu verzeichnen (Abbildung 2, rechts). Zudem lagen die Teilzeitquoten der Frauen im Westen immer über denen der entsprechenden Gruppe im Osten. Die höchste Teilzeitquote wiesen über den gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern in Westdeutschland auf (40 Prozent im Zeitraum 2015–2018), gefolgt von Müttern in Ostdeutschland, deren Teilzeitquote über die Jahre am stärksten gestiegen ist (auf 32 Prozent im Zeitraum 2015–2018). Deutlich weniger in Teilzeit arbeiten Frauen ohne Kinder unter elf Jahren. Hier gab es in den Jahren 2015–2018 mit 24 Prozent im Westen und 22 Prozent im Osten keine ausgeprägten Unterschiede mehr, da die entsprechende Gruppe in Ostdeutschland einen relativ starken Anstieg zu verzeichnen hat. Dies gilt auch, wenn nur Frauen mit noch jüngeren Kindern betrachtet werden.

¹⁰ Seit 1992 galt für beide Teile Deutschlands eine Elternzeit von bis zu drei Jahren. Vor der Wiedervereinigung konnten Frauen in Ostdeutschland ein bezahltes „Babyjahr“ nehmen. Vgl. Katharina Heisig und Larissa Zierow (2020): Elternzeitverlängerung in der DDR: Langfristig höhere Lebenszufriedenheit der Kinder. ifo Dresden berichtet Nr. 2, 7–9.

Abbildung 3

Egalitäre Einstellungen bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern

Anteil der Befragten mit egalitären Aussagen in Prozent



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Befragten, die egalitäre Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern geäußert haben (vgl. Kasten). Die schattierten Flächen stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar.

Quelle: Auswertung auf Basis der ALLBUS-Kumulation von 1991 bis 2016.

© DIW Berlin 2020

Vor allem in Westdeutschland sind die Einstellungen deutlich egalitärer geworden.

Einstellungen zur Erwerbsbeteiligung von Müttern sind in Westdeutschland egalitärer geworden

Die Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten und im Ausmaß der wöchentlichen Arbeitszeit von Müttern in Ost- und Westdeutschland können vielfältige Ursachen haben. So spielen institutionelle Unterschiede wie zum Beispiel das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen eine Rolle sowie Änderungen in der Familiengründung.¹¹ Zudem sind die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern historisch unterschiedlich gewesen und sind es bis heute, wenn auch in geringerem Umfang als vor 30 Jahren.¹²

Eine Auswertung der Daten des ALLBUS (Kasten) zeigt, dass zu Beginn der 1990er Jahre sowohl Frauen als auch

Männer in Ostdeutschland deutlich egalitärere¹³ Einstellungen bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern hatten als in Westdeutschland (Abbildung 3). 69 Prozent der Frauen und 64 Prozent der Männer in Ostdeutschland gaben 1992 egalitäre Einstellungen zur Erwerbsbeteiligung von Müttern an – dies sind deutlich höhere Werte als bei Frauen (49 Prozent) und Männern (38 Prozent) in Westdeutschland. Seither sind die Einstellungen in beiden Landesteilen egalitärer geworden, und die Unterschiede zwischen Befragten in Ost- und Westdeutschland sind deutlich kleiner geworden.

Frauen jüngerer Kohorten haben traditionellere Einstellungen zur Vollzeitberufstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern

Neben diesen eher allgemeinen Fragen nach den Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern gab es im ALLBUS zuletzt auch explizite Fragen nach der *Vollzeiterwerbstätigkeit* von Müttern mit *Kleinkindern*. Die Befragten sollten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung abgeben zu der Aussage „Eine Vollzeit erwerbstätige Mutter kann zu ihrem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“. Die im Jahr 2016 erhobenen Antworten werden für drei unterschiedliche Alterskohorten verglichen, und zwar der Kohorte der vor 1950 Geborenen, der zwischen 1950 und 1975 Geborenen und der nach 1975 Geborenen. Gegenübergestellt wird dies den Antworten zur allgemeineren Aussage „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“.

Zunächst zeigt dieser Vergleich Unterschiede in der Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern allgemein (Abbildung 4, links) und der Zustimmung zur Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern (Abbildung 4, rechts). Die Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern allgemein ist in allen vier untersuchten Gruppen (Frauen und Männer in Ost- und Westdeutschland) und in allen drei Kohorten relativ hoch. Sie liegt für alle Gruppen nahe an 90 Prozent oder darüber, nur bei Männern in Westdeutschland liegt sie je nach Kohorte etwas niedriger zwischen 80 und 84 Prozent.

Befragt man die Personen speziell nach der Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern, so ist die Zustimmung in fast allen Gruppen deutlich geringer. Eine hohe Zustimmung zu dieser Aussage lässt sich nur bei Frauen in Ostdeutschland beobachten, die von der ältesten zur jüngsten Kohorte jedoch abnimmt: bei vor 1950 Geborenen stimmen 94 Prozent zu, bei zwischen 1950 und 1975 Geborenen 89 Prozent und bei nach 1975 Geborenen nur noch 79 Prozent. Für Frauen in Westdeutschland zeigt sich ein ähnlicher Verlauf über die Kohorten wie in Ostdeutschland, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau: Unter den vor 1950 geborenen Frauen in Westdeutschland ist eine Zustimmung von 69 Prozent zu beobachten, in der Kohorte der zwischen

¹¹ Zum Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Kindertagesbetreuung vgl. auch Kai-Uwe Müller und Katharina Wrohlich (2020): Does subsidized care for toddlers increase maternal labour supply? Evidence from a large-scale expansion of early child care. *Labour Economics* 62, 101776; sowie Kai-Uwe Müller, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2014): Kindertagesbetreuung: Wie wird ihre Nutzung beeinflusst und was kann sie für die Entwicklung von Kindern bewirken. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 83, 49–68. Zur Entwicklung der Familiengründungen vgl. auch Dirk Konietzka und Michaela Kreyenfeld (2004): Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. *Berliner Debatte Initial* Nr. 15, 26–41.

¹² Vgl. Quentin Lippmann, Alexandre Georgieff und Claudia Senik (2020): Undoing gender with institutions: Lessons from the German division and reunification. *The Economic Journal* 130 (629), 1445–1470.

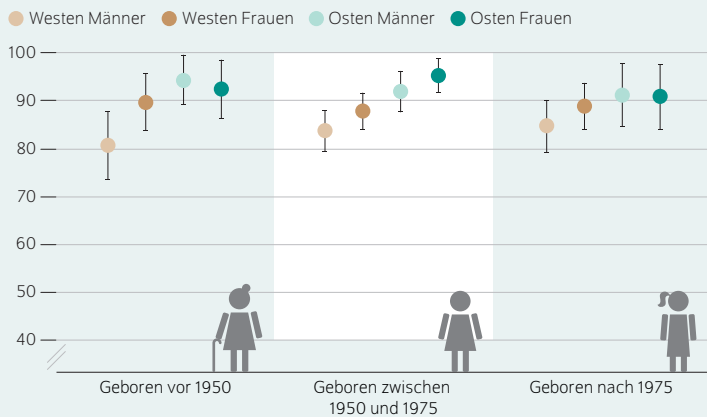
¹³ Als Personen mit egalitären/traditionellen Einstellungen werden in diesem Bericht jene Personen deklariert, die einer Erwerbstätigkeit von Müttern positiv/negativ gegenüberstehen. Hiermit folgen wir der üblichen Definition in der Literatur, z. B. Blohm und Walter (2018), a.a.O.

Abbildung 4

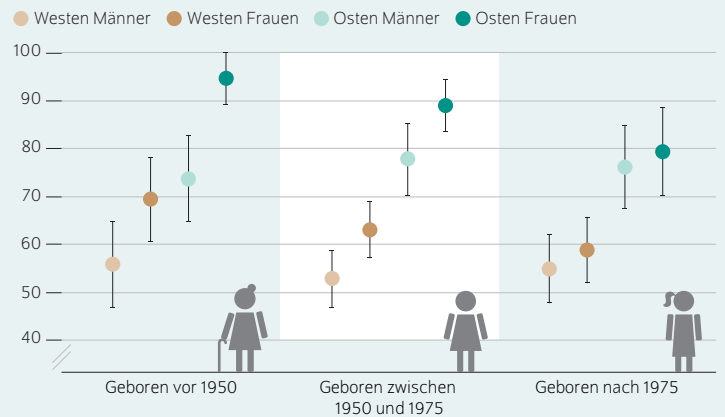
Egalitäre Einstellungen bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern nach Alterskohorten

Anteil der Befragten mit egalitären Aussagen in Prozent

Berufstätigkeit von Müttern im Allgemeinen



Berufstätigkeit in Vollzeit von Müttern mit Kleinkindern



Anmerkung: Die linke Abbildung zeigt die Zustimmung zur Aussage: „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“. Die rechte Abbildung zeigt die Zustimmung zur Aussage: „Eine in Vollzeit erwerbstätige Mutter kann zu ihrem Kleinkind normalerweise ein genauso inniges Verhältnis haben wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“. Die schwarzen Balken stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar.

Quelle: Auswertung auf Basis der ALLBUS-Kumulation von 2016.

© DIW Berlin 2020

Vor allem in Ostdeutschland haben Frauen jüngerer Kohorten stärker traditionelle Einstellungen zur Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern als Frauen älterer Kohorten.

1950 und 1975 Geborenen liegt sie bei 63 Prozent und bei den nach 1975 Geborenen bei 58 Prozent. Bei Männern schwankt der Wert weniger stark zwischen den Altersgruppen. Die Zustimmung liegt bei Männern in Ostdeutschland zwischen 73 und 77 Prozent und bei Männern in Westdeutschland zwischen 52 und 55 Prozent.

Somit zeigt sich, dass die Einstellungen zur Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern in jüngeren Kohorten von Frauen traditioneller sind als in älteren.¹⁴ Zudem zeigt der Vergleich zwischen den Alterskohorten, dass der Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland sowie die Steigerung der Teilzeitquoten von Müttern in Ost- und Westdeutschland mit entsprechenden Veränderungen bei den Einstellungen zur Vollzeiterwerbstätigkeit korreliert sind.

Fazit: Einstellungen und tatsächliche Erwerbstätigkeit von Müttern weiterhin eng verbunden

Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Leitbilder zur Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in der ehemaligen Bundesrepublik und in der DDR sowie die jeweiligen familienpolitischen Rahmenbedingungen führten zu großen

Unterschieden in der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern und zu noch größeren Differenzen in den Einstellungen zu einer Erwerbstätigkeit von Müttern. Zu Beginn der 1990er Jahre waren im wiedervereinten Deutschland die Erwerbstätigenquoten von Müttern in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Außerdem hatten Männer und Frauen in Ostdeutschland egalitäre Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern als in Westdeutschland. Beide Aspekte – die tatsächliche Erwerbstätigkeit von Müttern sowie die Einstellungen dazu – haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zwischen Ost- und Westdeutschland allerdings angenähert.

Dafür kann es vielfältige Gründe geben. Zum einen hat der seit dem Jahr 2005 insbesondere in Westdeutschland forcierte Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie der Ausbau der Ganztagschulen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Müttern beigetragen. Zum anderen haben (westdeutsche) Institutionen wie Ehegattensplitting, Subventionierung der geringfügigen Beschäftigung im Rahmen der Minijobs, die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Ehepartner sowie die gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit die finanziellen Anreize einer Vollzeiterwerbstätigkeit für ostdeutsche Mütter verringert. Zudem können auch andere Faktoren, wie zum Beispiel die

¹⁴ Ein ähnliches Ergebnis finden auch Christian Ebner, Michael Kühnert und Philipp Lersch (2020): Cohort Changes in the Level and Dispersion of Gender Ideology after German Reunification: Results from a Natural Experiment. European Sociological Review (im Erscheinen).

Migration ostdeutscher Frauen nach Westdeutschland, eine Rolle bei der Veränderung der Einstellung zur Erwerbstätigkeit gespielt haben.¹⁵

In Deutschland ist geplant, die Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren, die Ganztagsbetreuung für ältere Kita-Kinder sowie die ganztägige Betreuung für Schulkinder weiter auszubauen.¹⁶ Es bleibt abzuwarten, ob sich damit auch die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern ändern. Bisherige Studien legen nahe, dass die Angebote der Kindertagesbetreuung einen Wandel der Einstellungen zumindest verstärken können.¹⁷ Sofern dies der Fall sein sollte und somit auch mehr Mütter einer Vollzeitwerbstätigkeit nachgehen, würde dies dem mit dem demografischen Wandel verbundenen abnehmenden Erwerbspersonenpotential entgegenwirken. Eine höhere Vollzeitwerbstätigkeit würde auch dem Gender Pay Gap¹⁸ entgegenwirken, da die Einkommen und Stundenlöhne von Frauen zunehmen würden.¹⁹ Damit verbunden wäre auch

ein höheres Alterseinkommen von Frauen und damit eine Reduktion des Gender Pension Gaps.²⁰

Gleichzeitig sind mit einer Vollzeitwerbstätigkeit von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern auch Herausforderungen verbunden, welche zu einer Doppelbelastung von Müttern führen können, wie sie vielfach Frauen in der ehemaligen DDR stemmen mussten.²¹ Darüber hinaus zeigen Studien, dass gerade vollzeiterwerbstätige Mütter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen und ihre Arbeitszeit daher eher reduzieren wollen.²² Insofern könnte eine vollzeitnahe Beschäftigung beider Elternteile, wie sie beispielsweise im Rahmen der Familienarbeitszeit²³ vorgeschlagen wird, ein Ansatz sein, um dem Ziel einer größeren Einkommensabsicherung von Frauen mit jungen Kindern und dem Wunsch nach mehr Zeit mit Kindern gerecht zu werden. Außerdem sind viele andere Erwerbskonstellationen von Paaren möglich, welche mit einer Erhöhung des Erwerbsvolumens von Müttern und einer Reduktion des Erwerbsvolumens von Vätern verbunden sind. Für alleinerziehende Eltern müssen darüber hinaus spezifische Ansätze gefunden werden.

15 Vgl. auch den folgenden Bericht in dieser Wochenberichtsangabe. Diese Studie zeigt, dass Frauen in Westdeutschland ihre Arbeitszeit insbesondere dann erhöhen, wenn sie in einer Region lebten, in die kurz nach der Wiedervereinigung relativ viele Menschen aus der ehemaligen DDR zuzogen. Sophia Schmitz und Felix Weinhardt (2020): Zuzug aus der ehemaligen DDR hatte positive Effekte auf den Beschäftigungsumfang westdeutscher Frauen. DIW Wochenbericht Nr. 38, 707–711 (online verfügbar).

16 Vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Kita-Ausbau: Gesetze und Investitionsprogramme. Hintergrundmeldung 17.06.2020 (online verfügbar).

17 Vgl. auch Gundula Zoch und Pia S. Schober (2018): Public Child-Care Expansion and Changing Gender Ideologies of Parents in Germany. *Journal of Marriage and Family* 80, 1020–1093.

18 Vgl. Eintrag zum Gender Pay Gap im DIW-Glossar (online verfügbar).

19 Teilzeiterwerbstätigkeit geht nicht nur mit geringeren monatlichen Verdiensten, sondern auch mit niedrigeren Stundenlöhnen einher, siehe Patricia Gallego Granados, Rebecca Olthaus und Katharina Wrohlich (2019): Teilzeiterwerbstätigkeit: überwiegend weiblich und im Durchschnitt schlechter bezahlt. DIW Wochenbericht Nr. 46, 845–850 (online verfügbar).

20 Vgl. auch Anna Hammerschmid und Carla Rowold (2019): Gender Pension Gaps in Europa hängen eindeutiger mit Arbeitsmärkten als mit Rentensystemen zusammen. DIW Wochenbericht Nr. 25, 439–447 (online verfügbar).

21 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland (online verfügbar).

22 Verena Lauber et al. (2014): Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellation beider Partner. Ausgewählte Ergebnisse auf der Basis der FiD-Daten (Familien in Deutschland). DIW Berlin Politikberatung kompakt 88 (online verfügbar).

23 Vgl. Eintrag zur Familienarbeitszeit im DIW-Glossar (online verfügbar).

Denise Barth ist studentische Hilfskraft in der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin | dbarth@diw.de

Jonas Jessen ist wissenschaftlicher Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jjessen@diw.de

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | kspiess@diw.de

Katharina Wrohlich ist Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

JEL: J21, J16, Z13

Keywords: female labor force participation, German reunification, family policy, gender roles

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 38/2020:

www.diw.de/diw_weekly



Zuzug aus der ehemaligen DDR hatte positive Effekte auf den Beschäftigungsumfang westdeutscher Frauen

Von Sophia Schmitz und Felix Weinhardt

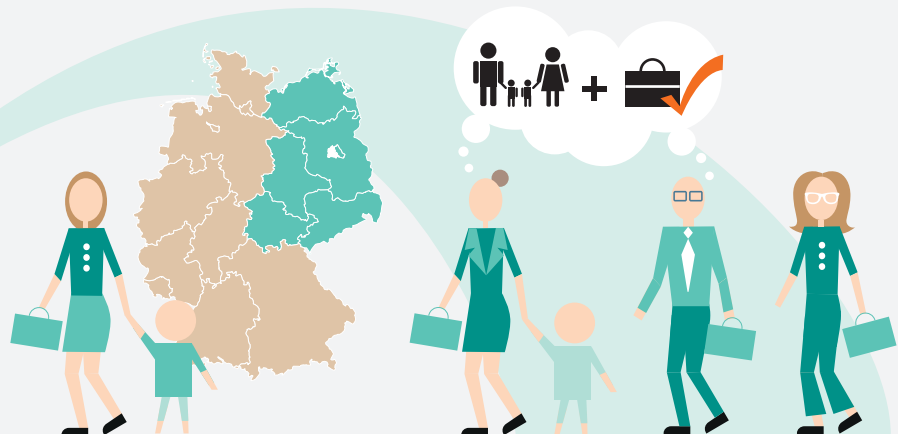
- Die Wiedervereinigung hat nicht nur in Ostdeutschland zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen geführt
- Dieser Bericht analysiert Änderungen der Arbeitszeit westdeutscher Frauen, die durch die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR in den Westen Anfang der 1990er Jahre ausgelöst wurden
- Erwerbstätige westdeutsche Frauen haben seit der Wende bis 2015 in Regionen mit hohem Zuzug durchschnittlich eine Stunde pro Woche mehr gearbeitet als in Regionen mit geringerer Zuwanderung
- Dieser positive Effekt auf den Beschäftigungsumfang hat sich insbesondere ab Ende der 1990er Jahre manifestiert
- In der DDR sozialisierte Menschen, die nach Westdeutschland gezogen sind, haben vermutlich Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Westdeutschland beeinflusst

Erwerbstätige westdeutsche Frauen arbeiten infolge des Zuzugs aus der ehemaligen DDR mehr – Veränderung sozialer Normen als wahrscheinliche Ursache

Erwerbstätige westdeutsche Frauen arbeiten in Regionen mit hohem Zuzug aus der ehemaligen DDR mehr als in anderen Regionen.



Quelle: eigene Darstellung.



© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Durch die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR Anfang der 1990er Jahre hat sich die Wiedervereinigung auch auf das Arbeitsmarktverhalten und die Normen der Westdeutschen ausgewirkt.“

— Felix Weinhardt —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit C. Katharina Spieß
www.diw.de/mediathek

Zuzug aus der ehemaligen DDR hatte positive Effekte auf den Beschäftigungsumfang westdeutscher Frauen

Von Sophia Schmitz und Felix Weinhardt

ABSTRACT

Die Wiedervereinigung brachte einschneidende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Veränderungen für die Bevölkerung in der ehemaligen DDR mit sich. Weniger beachtet wurden bisher mögliche Einflüsse auf das Leben der Menschen in Westdeutschland. Dieser Bericht dokumentiert Veränderungen im Beschäftigungsumfang von Frauen im Westen der Bundesrepublik, die durch die Migration aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland Anfang der 1990er Jahre ausgelöst wurden. Erwerbstätige westdeutsche Frauen haben in Regionen mit hohem Zuzug im Durchschnitt wöchentlich eine Stunde mehr gearbeitet zwischen den Jahren 1990 und 2015 als in Regionen, in denen sich weniger Ostdeutsche niedergelassen haben. Der Zuzug von Menschen, die in der DDR sozialisiert wurden und daher eine höhere Vereinbarkeit zwischen Mutterrolle und Erwerbstätigkeit sahen, könnte die Veränderung kultureller Normen in Westdeutschland beschleunigt haben.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind trotz zunehmender Erwerbsbeteiligung von Frauen nach wie vor enorm.¹ Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in Deutschland knapp sieben Prozent unter der von Männern, wobei fast die Hälfte aller Frauen in Teilzeit arbeitet.² Über die letzten Dekaden hat sich die Quote erwerbstätiger Frauen in den alten Bundesländern erhöht, aufgrund zunehmender Teilzeitbeschäftigung hat sich jedoch die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von erwerbstätigen Frauen sogar reduziert.³ Der vorhergehende Bericht dieser Ausgabe⁴ hat in diesem Zusammenhang auf die Angleichung und die bis heute bestehenden Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland verwiesen.

Über genaue Ursachen und einzelne Mechanismen der teilweisen Angleichung des Arbeitsmarktverhaltens in West- und Ostdeutschland ist bisher relativ wenig bekannt. In dem Zusammenhang fokussiert dieser Bericht auf die Veränderungen im Arbeitsmarktverhalten von Frauen im Westen der Bundesrepublik, die durch den Zuzug aus Ostdeutschland ausgelöst wurden. Dieser Fokus ist aus mindestens zwei Gründen von Interesse: Erstens wurden mögliche Einflüsse der Wiedervereinigung auf die Gesellschaft in Westdeutschland bisher nicht ausreichend betrachtet. Zweitens hat sich durch die Wiedervereinigung für Haushalte in Westdeutschland im Vergleich zu Haushalten in Ostdeutschland ansonsten relativ wenig verändert. So lassen sich Effekte der Zuwanderung isolieren und getrennt von generellen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Veränderungen untersuchen.

Die Auswirkungen des Zuzugs für den Beschäftigungsumfang erwerbstätiger Frauen in Westdeutschland werden mit Daten der Migrationsstatistik und des Mikrozensus untersucht. Hierbei ist nicht das Ziel, auf deskriptiver Ebene die

¹ Dieser Bericht fasst ausgewählte Ergebnisse der folgenden Studie zusammen: Sophia Schmitz und Felix Weinhardt (2019): Immigration and the Evolution of Local Cultural Norms. IZA Discussion Paper Nr. 12509 (online verfügbar).

² Für weitere Informationen vgl. Christoph Breunig et al. (2020): Frauen erwarten geringere Lohnsteigerungen als Männer. DIW Wochenbericht Nr. 10, 153–158 (online verfügbar).

³ Eigene Berechnungen auf Basis des Mikrozensus.

⁴ Siehe Denise Barth et al. (2020): Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeit-erwerbstätigkeit. DIW Wochenbericht Nr. 38, 699–706 (online verfügbar), erster Bericht in dieser Ausgabe.

generellen Anpassungen und Zeittrends der Lebensweisen in Ost- und Westdeutschland zu erklären. Stattdessen wird der kausale Effekt der Migrationsbewegung aus der ehemaligen DDR nach der Wende auf westdeutsche Frauen und Haushalte isoliert und analysiert.

Über eine Million Menschen zog in den ersten Jahren nach der Wende in den Westen

In den ersten drei Jahren nach der Wiedervereinigung sind über eine Million Menschen von den neuen in die alten Bundesländer gezogen. Diese „erste Migrationswelle“ war wenig zielgerichtet, so spielen Faktoren wie die regionale Wirtschaftsstruktur oder Betreuungsquoten für Kleinkinder (unter zwei Jahren), die jeweils einen Zusammenhang mit Migration innerhalb Westdeutschlands haben, hier keine signifikante Rolle.⁵ Der Zuzug aus der ehemaligen DDR verteilte sich jedoch regional sehr unterschiedlich (Abbildung 1). Es zeigt sich ein Gefälle mit zunehmender Entfernung zu den neuen Bundesländern: Je weiter ein westdeutscher Kreis von der ehemaligen Grenze entfernt liegt, desto weniger Ostdeutsche ließen sich im Jahr 1991 dort nieder.

Um die Auswirkungen dieser frühen Zuwanderung aus Ostdeutschland auf das Arbeitsmarktverhalten westdeutscher Frauen in Westdeutschland zu ermitteln, werden die Raumordnungsregionen der alten Bundesländer anhand des Anteils der Zugezogenen in zwei gleich große Hälften geteilt: In der einen Gruppe sind die Regionen mit hohem Anteil, wohingegen in der anderen Gruppe Regionen mit niedrigeren Anteilen Zugezogener aus der ehemaligen DDR an der Gesamtbevölkerung enthalten sind.

Westdeutsche Frauen erhöhten Arbeitsstunden infolge der Zuwanderung

Mit den Daten des Mikrozensus wird untersucht, wie sich die Anzahl der wöchentlichen Erwerbsstunden von erwerbstätigen Frauen in den alten Bundesländern zwischen diesen beiden Regionsgruppen entwickelt hat. Dabei wird lediglich der Beschäftigungsumfang derjenigen, die bereits zuvor in Westdeutschland lebten, einbezogen. Das Arbeitsmarktverhalten der Zugezogenen selbst wird nicht analysiert.

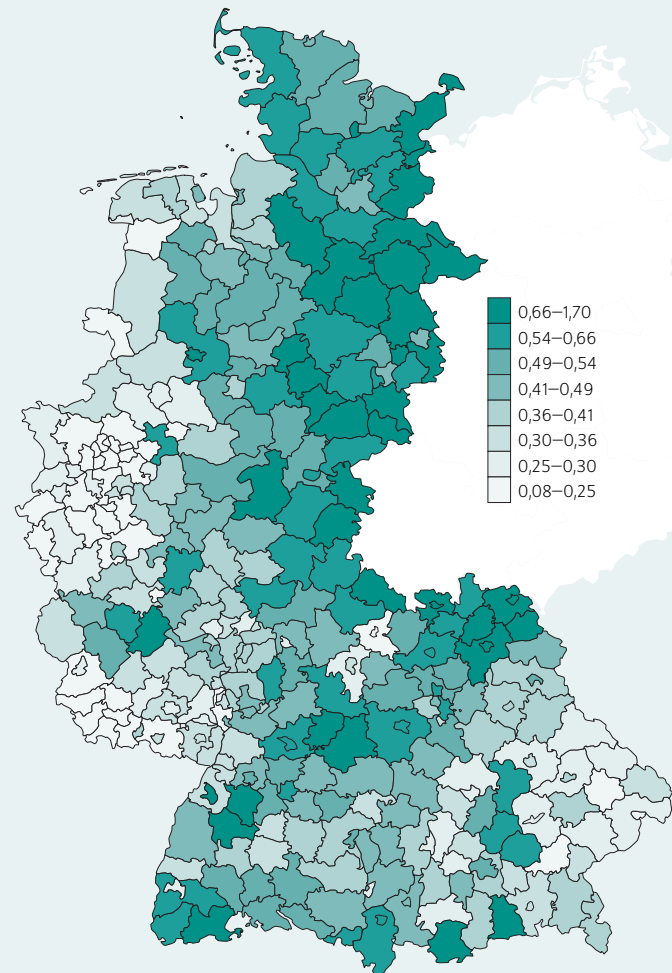
Für die Berechnung wird das sogenannte Differenz-in-Differenzen-Verfahren angewendet. Dieses statistische Verfahren rechnet systematische Unterschiede zwischen den beiden Regionsgruppen innerhalb Westdeutschlands heraus. Die ermittelten Unterschiede im Erwerbsverhalten zwischen den beiden Regionsgruppen können somit unmittelbar auf die Unterschiede in der Zuwanderung nach der Wiedervereinigung zurückgeführt werden.

Zwischen der Wiedervereinigung und dem Jahr 2015 arbeiteten westdeutsche erwerbstätige Frauen durchschnittlich eine knappe Stunde pro Woche mehr, wenn sie in einer Region mit hohem Anteil Zugezogener lebten (Tabelle).

⁵ Für Details vgl. Schmitz und Weinhardt (2019), a. a. O., Tabelle A2.

Abbildung 1

Migration von Ost- nach Westdeutschland im Jahr 1991 Anteil an regionaler Gesamtpopulation 1990 in Prozent



Anmerkungen: Aufgrund lückenhafter Regionaldatenlage früherer Jahre wird hier lediglich die Migration aus dem Jahr 1991 abgebildet und analysiert.

Quelle: Migrationsstatistiken, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Im Jahr 1991 war der Zuzug aus der ehemaligen DDR in den westdeutschen Regionen höher, die näher an der ehemaligen Grenze liegen.

Dieses Ergebnis ist sehr robust. Wird zusätzlich für weitere persönliche Eigenschaften kontrolliert, um Frauen zwischen beiden Regionsgruppen nur dann miteinander zu vergleichen, wenn sie im gleichen Bundesland leben, das gleiche Alter, gleiche Nationalität oder eine ähnliche Bildung haben, ändert sich der geschätzte Effekt kaum.

Eine detailliertere Analyse im Zeitverlauf seit dem Jahr 1990 zeigt, dass sich die Effekte des Zuzugs auf den Beschäftigungsumfang insbesondere ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre manifestiert haben. Westdeutsche Frauen erhöhten in Regionen mit viel Zuzug nach der Wiedervereinigung sukzessive die Arbeitsstunden im Vergleich zu Frauen in den

Tabelle

Effekte des Zuzugs aus der ehemaligen DDR auf Beschäftigungsumfang erwerbstätiger westdeutscher Frauen In Stunden

	Abhängige Variable: Arbeitsumfang erwerbstätiger westdeutscher Frauen in den alten Bundesländern		
	(1)	(2)	(3)
Effekt von viel Zuwanderung aus der ehemaligen DDR	0,919 (0,282)	0,984 (0,357)	0,865 (0,300)
Kontrollvariablen:			
Bundesland-Jahr-spezifische Entwicklungen		ja	ja
Individuelle Charakteristika			ja

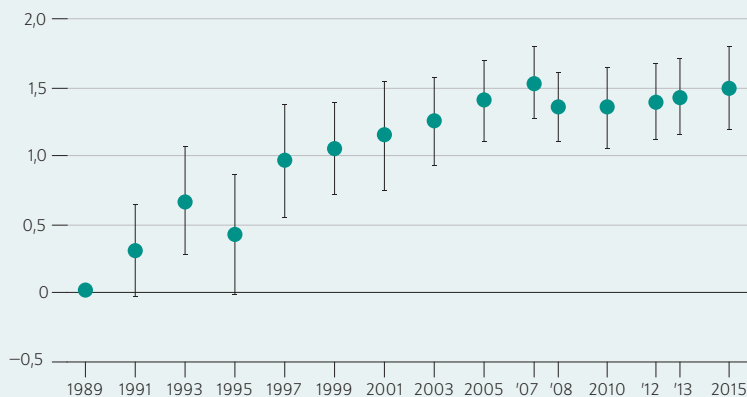
Anmerkungen: Geschätzt wird der Effekt von hoher (versus niedriger) Zuwanderung aus der ehemaligen DDR unmittelbar nach der Wende auf den durchschnittlichen Arbeitsumfang erwerbstätiger westdeutscher Frauen in den alten Bundesländern bis 2015. In der zweiten Spalte wird zusätzlich für bundeslandspezifische Effekte kontrolliert. In der dritten Spalte wird zusätzlich für individuelle Charakteristika der westdeutschen Frauen kontrolliert, wie Alter, Nationalität und höchster Bildungsabschluss. Standardfehler in Klammern. Alle Effekte sind auf dem Ein-Prozent-Niveau statistisch signifikant.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Migrationsstatistiken und Mikrozensus 1982 bis 2015.

© DIW Berlin 2020

Abbildung 2

Effekte des Zuzugs aus der ehemaligen DDR auf Beschäftigungsumfang erwerbstätiger westdeutscher Frauen im Zeitverlauf In Stunden



Anmerkungen: Geschätzt wird der Effekt von hoher (versus niedriger) Zuwanderung aus der ehemaligen DDR unmittelbar nach der Wende auf den durchschnittlichen Arbeitsumfang erwerbstätiger westdeutscher Frauen in den alten Bundesländern im Zeitverlauf. Angegeben sind jeweils der geschätzte Effekt und das zugehörige 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Quellen: Mikrozensus, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Der Effekt des Zuzugs aus der ehemaligen DDR auf die Arbeitszeit westdeutscher Frauen manifestierte sich insbesondere ab Ende der 1990er Jahre.

anderen westdeutschen Regionen. Sie arbeiteten ab Mitte der 2000er Jahre durchschnittlich sogar bis zu 1,5 Stunden pro Woche länger, verglichen mit westdeutschen Frauen in Regionen mit weniger Zuwanderung nach der Wende (Abbildung 2).

Veränderung von Normen als eine wahrscheinliche Ursache

Mögliche Ursachen dieser Effekte könnten wirtschaftliche Unterschiede in den westdeutschen Regionen sein, die durch den Zuzug aus den neuen Bundesländern entstanden sind. Man könnte vermuten, dass Regionen durch die Zuwanderung wirtschaftlich profitiert haben, so dass die Arbeitsnachfrage stieg und die Frauenerwerbstätigkeit überdurchschnittlich angestiegen ist.

Um diesen Zusammenhang zu untersuchen, werden die Effekte der Migration auch innerhalb von Haushalten berechnet. Es zeigt sich, dass erwerbstätige westdeutsche Frauen auch im Vergleich zu ihren Partnern mehr arbeiteten, wenn sie in Regionen mit hohem Zuzug wohnten. Regionale wirtschaftliche Veränderungen sollten den Erwerbsumfang von Männern jedoch vermutlich ebenso wie den von Frauen betreffen. Da in der Analyse für Effekte auf Bundeslandebene kontrolliert wird, können zudem bundeslandspezifische wirtschaftliche Veränderungen als Wirkmechanismen ausgeschlossen werden. Es erscheint daher wenig plausibel, dass regionale wirtschaftliche Mechanismen gänzlich für die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs verantwortlich sind.

Eine weitere Möglichkeit ist, dass erwerbstätige westdeutsche Frauen ihre Einstellungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verändert haben und ihr Arbeitsmarktverhalten daher dem der zugezogenen Frauen aus den neuen Bundesländern angepasst haben. Solch ein Prozess wird als „horizontales kulturelles Lernen“⁶ bezeichnet. Normen, wie etwa die Vorstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, verändern sich, wenn sich andere denkende und handelnde Menschen der gleichen Generation im Umfeld aufhalten.

Die Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren unmittelbar nach der Wende sehr unterschiedlich zwischen in West- und Ostdeutschland sozialisierten Männern und Frauen:⁷ So glaubten beispielsweise 90 Prozent der Ostdeutschen, dass eine arbeitende Mutter ebenfalls eine so herzliche und vertrauensvolle Beziehung zu ihren Kindern haben könne wie eine nicht erwerbstätige Mutter. Im Westen stimmten hingegen knapp ein Viertel der Bevölkerung dieser Aussage nicht zu. Darüber hinaus glaubten 60 Prozent der Ostdeutschen, dass es sogar gut für Kind und Familie sei, wenn die Mutter erwerbstätig ist, anstatt lediglich im

⁶ Vgl. Alessandra Fogli und Laura Veldkamp (2011): Nature or Nurture? Learning and the Geography of Female Labor Force Participation. *Econometrica* 79 (4), 1103-1138.

⁷ Siehe auch Abbildung 3 in Barth et al. (2020), a. a. O., in dieser Ausgabe.

Haushalt beschäftigt zu sein. In Westdeutschland teilten lediglich ein Drittel der Befragten diese Ansicht.⁸

Es wurde gezeigt, dass westdeutsche Haushalte ab dem Jahr 2000 weniger konservative Geschlechternormen hatten, wenn sie in einer Region mit viel Zuzug aus dem Osten lebten, im Vergleich zu entsprechenden westdeutschen Haushalten in Regionen mit weniger Zuzug.⁹

Der Mechanismus des kulturellen Lernens ist darüber hinaus auch konsistent mit dem gezeigten Zeitverlauf der Beschäftigungseffekte (Abbildung 2). Die Übernahme der Normen benötigt Zeit und wirkt daher erst verzögert auf das Arbeitsmarkterhalten.

Fazit: Wiedervereinigung hat Arbeitszeit westdeutscher Frauen beeinflusst

Dieser Bericht untersucht den Einfluss der frühen Zuwanderung aus den neuen Bundesländern auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und Haushalten, die in den alten Bundesländern sozialisiert wurden. Erwerbstätige westdeutsche Frauen, die einem relativ hohen Zuzug in ihrer Region ausgesetzt waren, haben ihre Arbeitszeit im Vergleich zu den Frauen, die eine niedrigere Zuwanderung im Umfeld erlebt haben, erhöht. Als zentrales Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass westdeutsche Frauen in Westdeutschland ohne

den Zuzug nach der Wende bis zum Jahr 2015 durchschnittlich weniger gearbeitet hätten.¹⁰

Die Ergebnisse legen zudem nahe, dass westdeutsche Frauen durch den Migrationsstrom aus Ostdeutschland mit anderen kulturellen Normen konfrontiert wurden und so ihre Einstellungen in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verändert haben. Dementsprechend zeigt sich, dass Anpassungen im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur auf die Bevölkerung der ehemaligen DDR beschränkt sind, sondern auch Verhaltensweisen und Normen in Westdeutschland beeinflusst haben.

Die Ergebnisse dieses Berichts stehen im Einklang damit, dass soziale und kulturelle Normen Einflussfaktoren für das Verhalten am Arbeitsmarkt sein können. Durch politische und gesellschaftliche Veränderungen werden diese Normen unter Umständen beeinflusst, was Verhaltensanpassungen nach sich ziehen kann. Oft wird davon ausgegangen, dass sich gesellschaftliche Normen nur sehr langsam im Zeitverlauf verändern und beispielsweise durch das Verhalten der eigenen Eltern geprägt werden. Die Ergebnisse dieses Berichts bedeuten jedoch auch, dass gesellschaftliche Normen über einen relativ kurzen Zeitraum beeinflusst werden können. Auch bei kleineren Reformen und allgemeinen politischen Entscheidungen sollte daher der Einfluss von und auf gesellschaftliche Normen mitgedacht werden.

⁸ Allbus Daten für das Jahr 1991, eigene Berechnungen. Weitere Details dazu, vgl. Schmitz und Weinhardt (2019), a. a. O., Abbildung 2.

⁹ Vgl. Schmitz und Weinhardt (2019), a. a. O., Tabelle 5.

¹⁰ Dieser positive Effekt ist nicht stark genug, um den zu Beginn des Berichts erwähnten Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit im Zeitverlauf bei westdeutschen Frauen insgesamt umzukehren. Für den Gesamttrend der Arbeitszeit von Frauen in Westdeutschland spielen weitere Faktoren eine Rolle. Ohne den hier dokumentierten positiven kausalen Effekt des Zuzugs aus Ostdeutschland wäre der Gesamttrend noch stärker negativ.

Sophia Schmitz war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie und Doktorandin am DIW Berlin und ist jetzt Gastwissenschaftlerin am DIW Berlin | sschmitz@diw.de

Felix Weinhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Gastprofessor für Ökonometrie an der Humboldt-Universität zu Berlin | fweinhardt@diw.de

JEL: J16, J21, D1

Keywords: labor supply, migration, gender norms

Gesetzliche Renten gleichen sich in Ost- und Westdeutschland an – dennoch klaffen Alterseinkommen auseinander

Von Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan

- Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird ab dem Jahr 2025 die Wiedervereinigung faktisch vollzogen sein
- Ostdeutsche haben derzeit noch höhere Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung als ihre Pendanten in Westdeutschland
- Dennoch liegen verfügbare Haushaltseinkommen im Alter in Ostdeutschland deutlich unter dem Niveau in Westdeutschland
- Einkommen aus Vermögen, privaten Renten und Immobilienbesitz sind in ostdeutschen Haushalten deutlich niedriger
- Um Einkommenskonvergenz voranzutreiben, braucht es mehr Unterstützung bei der privaten Altersvorsorge und Vermögensbildung im Osten

Der Anteil der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Ostdeutschland weitaus höher als in Westdeutschland
Einkommensanteile am Haushaltseinkommen der über 65-Jährigen in Prozent im Jahr 2017



Quelle: SOEP v 35, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Das Einkommen wird auf der Haushaltsebene gemessen und nicht nach der Größe des Haushalts gewichtet. Erwerbseinkommen, Rente und Vermögenseinkommen sind Bruttogrößen.

© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Bei privaten und betrieblichen Renten sowie Vermögenseinkommen herrschen nach wie vor persistente Unterschiede, so dass bei den gesamten Alterseinkommen keine Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten ist.“

— Peter Haan —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit C. Katharina Spieß
www.diw.de/mediathek

Gesetzliche Renten gleichen sich in Ost- und Westdeutschland an – dennoch klaffen Alterseinkommen auseinander

Von Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan

ABSTRACT

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird ab dem Jahr 2025 die Wiedervereinigung faktisch vollzogen sein. Inzwischen beziehen im Durchschnitt ostdeutsche Männer und stärker noch ostdeutsche Frauen höhere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als ihre westdeutschen Pendanten. Bei den anderen Einkommenskomponenten der älteren Bevölkerung, insbesondere den privaten und betrieblichen Renten sowie Vermögenseinkommen, gibt es aber bis heute persistente Unterschiede. Für die verfügbaren Haushaltseinkommen der Älteren bahnt sich bisher keine Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland an. Um diese zu erreichen, ist es notwendig, dass neben einer Verbesserung der Beschäftigungssituation und der in Ostdeutschland gezahlten Löhne auch die private Altersvorsorge gestärkt wird. Hierzu sind Reformen bei der privaten und betrieblichen Rente notwendig. Lücken bei der Altersvorsorge könnten langfristig durch eine geeignete Kombination aus verpflichtender privater oder betrieblicher Altersvorsorge und finanzieller Unterstützung durch den Staat geschlossen werden. Auch der Vermögensaufbau, beispielsweise durch die Förderung des Wohneigentums in Ostdeutschland, sollte stärker in den Fokus genommen werden.

Vor mehr als 30 Jahren verpflichtete sich die Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Staatsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD), ihr Rentenrecht an das lohn- und beitragsbezogene Rentenversicherungsrecht der BRD anzugleichen, und unternahm in der Folge erste gesetzliche Schritte in diese Richtung.¹ Im Einigungsvertrag vom 31.08.1990 wurde auch die Überleitung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf das Beitrittsgebiet beschlossen (Art. 30 Abs. 5). Die wesentlichen Bestimmungen enthält das Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) vom 25.07.1991, das zum Anfang 1992 in Kraft trat. Außer einer befristeten Gewährung einiger günstiger Regelungen des DDR-Rentenrechts handelte es sich vor allem um eine Übertragung des lohn- und beitragsorientierten Rentensystems der BRD auf das Beitrittsgebiet.² Die grundlegende Idee war, die ostdeutschen Erwerbsbiografien in die Systematik der GRV zu integrieren.³ Dazu wurde bis zur Herstellung „einheitlicher Einkommensverhältnisse“ eine Reihe von Sonderregelungen in das Sozialgesetzbuch (SGB) VI aufgenommen.⁴

Mit der Rentenüberleitung wurden die regionalen Rechengrößen wie der aktuelle Rentenwert Ost, der AR (O), festgelegt. Das Ziel war, für Ostdeutschland ein regionales Netto-Rentenniveau festzulegen, das dem im Westen entsprach.⁵ Vereinfacht ausgedrückt sollte das durchschnittliche Verhältnis von Renteneinkommen und Lohneinkommen in Ostdeutschland dem westdeutschen Niveau entsprechen. Wesentliches Element dafür war neben dem aktuellen Rentenwert Ost eine Aufwertung der in Ostdeutschland

¹ Franz Ruland et al. (2019): Politikberatung durch die gesetzliche Rentenversicherung am Beispiel der deutsch-deutschen Wiedervereinigung. *Deutsche Rentenversicherung*, 4, 321–339; Johannes Steffen (2013): Angleichung der Ost-Renten. Modelle für eine Vereinheitlichung des Rentenrechts in Deutschland. *Sozialer Fortschritt* 62, Nr. 7, 195–203.

² Ragnar Hoenig (2013): Wege zur Vereinheitlichung des Rentenrechts. *Sozialer Fortschritt* 62, Nr. 7, 188–195.

³ Judith Kerschbaumer (2011): Das Recht der gesetzlichen Rentenversicherung und die Deutsche Einheit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (online verfügbar); Steffen (2013), a. a. O.

⁴ Vgl. § 228a ff. des Rentenüberleitungsgesetzes.

⁵ Johannes Steffen (2008): Angleichung der Ost-Renten. Arbeitnehmerkammer Bremen.

niedrigeren Erwerbseinkommen bei der Ermittlung der individuellen Rentenansprüche.

Über die Jahre wurde das unterschiedliche Rentenrecht in beiden Teilen Deutschlands aus teils sehr unterschiedlichen Gründen immer stärker kritisiert.⁶ Im Jahr 2017 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz über den Abschluss der Rentenüberleitung (Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz).⁷ Ab dem Jahr 2025 soll demnach ein einheitliches Recht in den alten und neuen Bundesländern gelten. Dazu wird der aktuelle Rentenwert seit dem Jahr 2018 in sieben Schritten auf ein einheitliches Niveau gebracht. Die Bezugsgröße und die Beitragsbemessungsgrenze werden zeitgleich entsprechend angehoben; analog wird der Hochwertungsfaktor der Ostentgelte abgesenkt.⁸ Die Rentenanpassung und die Fortschreibung der Bezugsgröße und Beitragsbemessungsgrenze erfolgen ab 2025 auf Grundlage der gesamtdeutschen Lohnentwicklung. Die Kosten der über die Lohnangleichung hinausgehenden Anpassung der Ostrenten⁹ werden aus Beitragsmitteln finanziert; erst ab dem Jahr 2022 beteiligt sich der Bund mit einem steigenden Zuschuss.

Wie sich die Renten und Alterseinkommen zwischen den beiden Teilen Deutschlands seit der Wiedervereinigung entwickelt haben, untersucht dieser Wochenbericht auf Basis der Daten der Deutschen Rentenversicherung und des Sozio-oekonomischen Panels mit den aktuellen Zahlen bis 2018 (SOEP, v35)¹⁰. Nachgegangen wird auch der Frage, ob es eine Angleichung der Einkommen im Alter gibt. Dabei werden nicht nur die Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt, sondern auch die unterschiedlichen Komponenten der Alterseinkommen mit einbezogen.

Vereinheitlichung der Renten erhöht Ansprüche von älteren Ostdeutschen und senkt Ansprüche der jüngeren

Die Auswirkungen der politischen Entscheidungen ergeben sich vor allem aus den Regelungen zu den Rentenanwartschaften aus Erwerbstätigkeit und der vorgesehenen

Tabelle 1

Rentenwerte und Durchschnittsentgelte im Ost-West-Vergleich In Euro

Jahr	Aktueller Rentenwert pro Entgeltpunkt		Verhältnis Ost/West	Durchschnittsentgelt		Umrechnungsfaktor
	West	Ost		West	Ost	
1993	22,75	16,45	0,723	24 633	18 666	1,3197
1994	23,52	17,63	0,750	25 126	19 804	1,2687
1995	23,64	18,58	0,786	25 905	21 032	1,2317
1996	23,86	19,62	0,822	26 423	21 642	1,2209
1997	24,26	20,71	0,854	26 660	22 053	1,2089
1998	24,36	20,90	0,858	27 060	22 340	1,2113
1999	24,69	21,48	0,870	27 358	22 696	1,2054
2000	24,84	21,61	0,870	27 741	23 060	1,2030
2001	25,31	22,06	0,872	28 231	23 520	1,2003
2002	25,86	22,70	0,878	28 626	23 911	1,1972
2003	26,13	22,97	0,879	28 938	24 230	1,1943
2004	26,13	22,97	0,879	29 060	24 355	1,1932
2005	26,13	22,97	0,879	29 202	24 691	1,1827
2006	26,13	22,97	0,879	29 494	24 938	1,1827
2007	26,27	23,09	0,879	29 951	25 294	1,1841
2008	26,56	23,34	0,879	30 625	25 829	1,1857
2009	27,20	24,13	0,887	30 506	26 047	1,1712
2010	27,20	24,13	0,887	31 144	26 560	1,1726
2011	27,47	24,37	0,887	32 100	27 342	1,1740
2012	28,07	24,92	0,888	33 002	28 003	1,1785
2013	28,14	25,74	0,915	33 659	28 617	1,1762
2014	28,61	26,39	0,922	34 514	29 588	1,1665
2015	29,21	27,05	0,926	35 363	30 745	1,1502
2016	30,45	28,66	0,941	36 187	31 701	1,1415
2017	31,03	29,69	0,957	37 077	32 598	1,1374
2018	32,03	30,69	0,958	38 212	33 700	1,1339
2019	33,05	31,89	0,965	38 901	35 887	1,0840
2020	34,19	33,23	0,972	40 551	37 898	1,0700
2021			0,979			1,0560
2022			0,986			1,0420
2023			0,993			1,0280
2024			1,000			1,0140
2025			1,000			1,0000
Wachstum 1993 bis 2020 in Prozent	150,30	202,03		164,62	203,04	
Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in Prozent	1,52	2,64		1,86	2,66	

Anmerkung: Die Werte für die Jahre 2021 bis 2025 sind gesetzlich festgelegt.

Quellen: Deutsche Rentenversicherung; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

⁶ Vgl. zu Reformvorschlägen Johannes Geyer (2016): Zur Debatte um die Angleichung des Rentenrechts in Ost und West. DIW-Roundup 101 (online verfügbar, abgerufen am 10.08.2020). Dies gilt für alle Online-Quellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

⁷ Den Gesetzestext und weitere Informationen zum Gesetz bietet die Website des Portals Sozialpolitik. In den Stellungnahmen zu diesem Gesetz werden die Kritikpunkte und verschiedene Alternativen zum beschlossenen Gesetz behandelt (online verfügbar). Eine kurze und übersichtliche Beschreibung der Reform bietet Josef Schott (2017): Die Ost-West-Rentenangleichung durch das Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz. Informationen der Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung in Bayern Nr. 3.

⁸ Erklärungen rentenrechtlicher Begriffe enthält das Rentenlexikon der DRV Bund (2020): Von Altersgrenze bis Zeitrente – das Rentenlexikon (online verfügbar).

⁹ Diese Kosten entstehen gegenüber der Referenzentwicklung, wenn der Rentenwert Ost (zur Erreichung der Rentenangleichung) stärker steigt als die Löhne in Ostdeutschland. Die Kosten wurden im Gesetzentwurf vom 12.04.2017 auf zunächst 0,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 und dann ansteigend auf 3,9 Milliarden Euro ab 2025 geschätzt. Vgl. Deutsche Bundesregierung (2017): Entwurf eines Gesetzes über den Abschluss der Rentenüberleitung (Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz), Bundestagsdrucksache 18/11923.

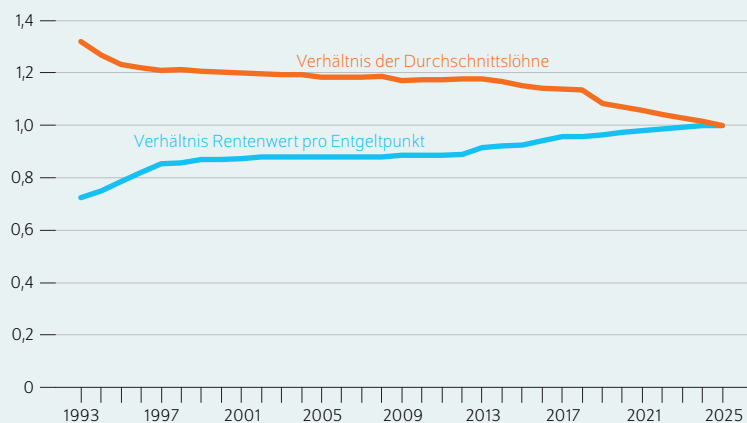
¹⁰ Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Journal of Economics and Statistics, 239(29), 345–360 (online verfügbar). Genutzte Datenversion, doi:10.5684/soep-core.v35.

Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost. Im Prinzip berechnet sich die jährliche Rentenanwartschaft (ausgedrückt in Entgeltpunkten) aus dem Verhältnis des eigenen sozialversicherungspflichtigen Lohns einer Person zum Durchschnittsverdienst in dem Jahr. Ein Durchschnittsverdienender erwirbt genau einen Entgeltpunkt pro Jahr. Diese Berechnung wird allerdings getrennt für Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Die ostdeutschen Löhne werden zunächst aufgewertet und dann ins Verhältnis zum westdeutschen Durchschnittslohn gesetzt (§ 256a SGB VI). Die Aufwertung erfolgt bisher mit dem Verhältnis von Durchschnittslohn West zu Durchschnittslohn Ost, wie es im

Abbildung 1

Rentenwerte und Löhne in Ost- und Westdeutschland

Ost-West-Verhältnis der Rentenwerte pro Entgeltpunkt und der Durchschnittslöhne



Anmerkung: Die Werte für die Jahre 2021 bis 2025 sind gesetzlich festgelegt.

Quellen: Deutsche Rentenversicherung; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Das Lohnverhältnis und das Rentenverhältnis in Ost und West nähern sich Jahr an Jahr und sollen bis zum Jahr 2025 gleichauf sein.

Umrechnungswert (Anlage 10 SGB VI) ausgedrückt wird.¹¹ 2016 lag der Umrechnungsfaktor bei 1,1415 (Tabelle 1). Das bedeutet, bei gleichem Lohn erwirbt man bei einer Arbeitsstelle in Ostdeutschland gut 14 Prozent mehr Entgeltpunkte als in Westdeutschland. Gleichzeitig ist allerdings der Wert der Anwartschaften in beiden Landesteilen unterschiedlich hoch. 2016 lag er bei 30,45 Euro im Westen (AR) und 28,66 Euro im Osten (AR (O)). Der Unterschied im aktuellen Rentenwert beträgt 2016 also etwa sechs Prozent. Das bedeutet, dass bei gleichem Lohn und gleichen Rentenbeiträgen eine Person, die in Ostdeutschland arbeitet, nicht nur mehr Entgeltpunkte bekommt, sondern trotz eines geringeren Rentenwerts insgesamt eine höhere Rente. Das geringere Lohnniveau wird also bei der Rente im Durchschnitt mehr als ausgeglichen.

Betrachtet man das Verhältnis der Rentenwerte und der Durchschnittsentgelte in Ost und West seit 1993, wird deutlich, dass die Anpassung der Rentenwerte weiter fortgeschritten ist als bei den Durchschnittsentgelten (Abbildung 1). Daraus ergibt sich, dass heute jüngere Ostdeutsche durch die (stufenweise) Erhöhung des aktuellen Rentenwerts auf Westniveau weniger gewinnen, als sie durch den (stufenweisen) Wegfall der Aufwertung der Löhne bei der Festlegung der Rentenansprüche (Entgeltpunkte) verlieren. Sollten die strukturellen Unterschiede in der Lohnverteilung zwischen Ost und Westdeutschland weiter bestehen bleiben, gilt das auch für alle folgenden Generationen. Umgekehrt profitieren die Bestandsrentnerinnen und -rentner sowie die rentennahen Jahrgänge eher von der nun beschlossenen Angleichung, da die Erhöhung des Rentenwerts Ost für sie eine größere Bedeutung hat und ihre gesamten Anwartschaften aufgewertet werden.

Renteneinkommen von ostdeutschen Männern seit Mitte der 90er Jahre höher

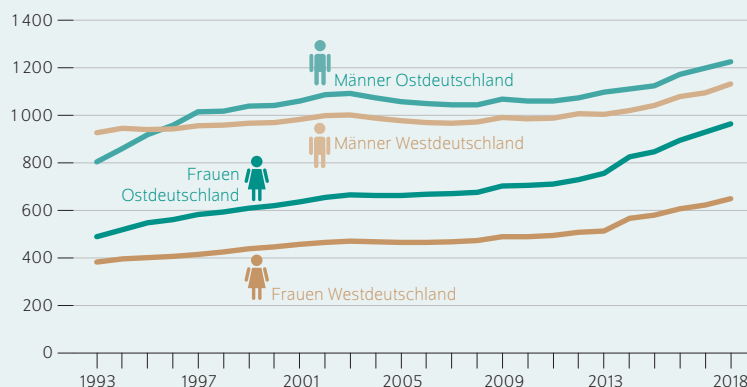
Zu Beginn der 1990er Jahre lagen die Bestandsrenten für Männer im Westen noch deutlich über den Renten der ostdeutschen Männer. Seit dem Jahr 1996 liegen die Werte für Männer im Osten jedoch kontinuierlich über denen für westdeutsche Männer (Abbildung 2). Seit dem Jahr 2000 waren die durchschnittlichen Renten von Männern im Osten beispielsweise etwa acht Prozent höher als die Renten der Männer im Westen. Für diese Unterschiede gibt es mehrere Gründe. Im Rentenbestand profitieren viele Rentner noch von der durchgehenden Erwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR. Zudem führt die Umrechnung der Rentenbeiträge Ost zu höheren Anwartschaften. Das gleicht den – trotz höherer Wochenarbeitszeit – bestehenden Einkommensnachteil bei den Renten aus.

Hinzu kommt auch noch ein Struktureffekt, der sich schwer beziffern lässt. In Westdeutschland wird die durchschnittliche

Abbildung 2

Entwicklung der Altersrenten im Rentenbestand nach Ost und West und Geschlecht

In Euro pro Monat



Anmerkungen: Zuordnung zur Region nach Wohnort.

Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen.

© DIW Berlin 2020

Ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner beziehen höhere gesetzliche Renten als westdeutsche. Bei den Frauen sind es im Jahr 2018 im Schnitt 50 Prozent höhere Renten, bei den Männern acht Prozent.

¹¹ Die Begriffe „Durchschnittsentgelt“ und „Durchschnittslohn“ werden hier synonym verwendet. Tatsächlich stimmen die aus einer Fortschreibung stammenden Werte des Durchschnittsentgelts nicht genau mit dem für ein Jahr statistisch ermittelten Durchschnittslohn überein. Vgl. Johannes Steffen (2020): Rechengrößen der Sozialversicherung und sonstige Werte. Übersicht und fachliche Erläuterungen mit langen Reihen. Portal Sozialpolitik, 10 (online verfügbar).

Altersrente in höherem Maße durch ehemalige Selbständige und Beamte mit sehr niedrigen Ansprüchen gedrückt. Verbeamtung und eine größere Verbreitung von selbständiger Erwerbstätigkeit sind erst seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland entstanden und wirken sich daher erst teilweise (und damit schwächer als in Westdeutschland) auf die heutigen Renteneinkommen aus.¹²

Ostdeutsche Frauen haben deutlich höhere Renten als westdeutsche Frauen

Die Renteneinkommen von Frauen in Ost und West unterscheiden sich noch deutlicher als diejenigen der Männer. Über den gesamten Zeitraum liegen die Renten von Frauen im Westen merklich unter den Ansprüchen von ostdeutschen Frauen. Zuletzt (Jahr 2018) betrug der Unterschied knapp 50 Prozent (Abbildung 2). Der zentrale Grund für die höheren Renten im Osten ist die stärkere Arbeitsmarktbeteiligung von ostdeutschen Frauen.¹³ Heute liegen die Erwerbstätigenquoten der Frauen (bezogen auf die Gesamtbevölkerung im jeweiligen Gebiet) in West- und Ostdeutschland nahezu gleichauf.¹⁴ Wird allerdings nur die Erwerbsbevölkerung betrachtet, ist bei den Frauen zwischen 15 bis 64 Jahren die Erwerbstätigenquote in Ostdeutschland nach wie vor etwas höher als in Westdeutschland.¹⁵ Zudem liegen die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten der Frauen in Ostdeutschland spürbar höher als in Westdeutschland (29 gegenüber 25,6 Stunden im Jahr 2018).¹⁶

Bei den jeweiligen Neurentnern ab etwa dem Jahr 2010 unterscheiden sich die Rentenanwartschaften zwischen Ost und West kaum noch. Bei den Frauen sieht es dagegen anders aus. Ostdeutsche Neurentnerinnen bezogen im Jahr 2018 immer noch rund 40 Prozent mehr als westdeutsche Neurentnerinnen.¹⁷

Das verfügbare Haushaltseinkommen im Alter ist im Westen deutlich höher als im Osten

Trotz der geringeren Renteneinkommen von Männern und Frauen im Westen ist deren Einkommenssituation – also das verfügbare Haushaltseinkommen – deutlich höher als im Osten (Abbildung 3).

Die deutlichen Unterschiede in der Einkommenssituation älterer Menschen zwischen Ost und West haben sich über die vergangenen 30 Jahre kaum verändert. Die

¹² Heute sind die Anteile der Selbständigen in West- und Ostdeutschland recht ähnlich, mit leicht höheren Werten in Ostdeutschland. Immer noch merklich höher ist dagegen in Westdeutschland der Anteil von Beamten. Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Fachserie 1, Reihe 4.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt 2018, Wiesbaden, 110.

¹³ Vgl. für die 1990er Jahre Statistisches Bundesamt (2003): Fachserie 1, Reihe 4.1.1, 2002, Ergebnisse des Mikrozensus 2002, Band 2: Deutschland, Abschnitt 7: Lange Reihen, Wiesbaden.

¹⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (2019), a. a. O., 64.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2019), a. a. O., 71.

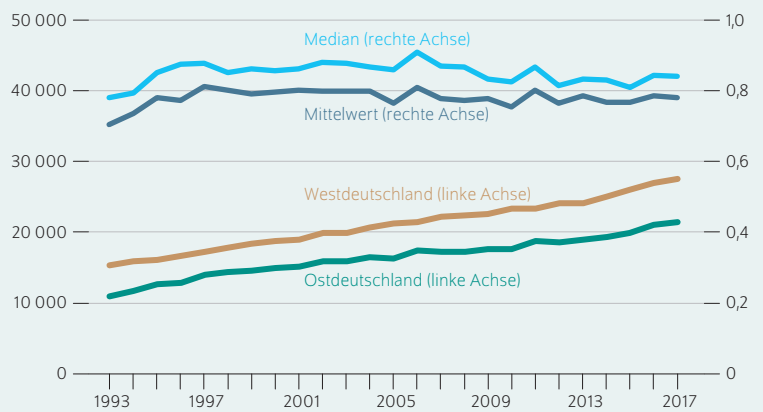
¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt (2019), a. a. O., 89–90.

¹⁷ Deutsche Rentenversicherung (2019): Rentenversicherung in Zahlen (online verfügbar).

Abbildung 3

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland

In Euro pro Jahr, Median und Mittelwert im Verhältnis Ost zu West



Anmerkungen: Verfügbares Haushaltseinkommen mit Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums, Äquivalenzgewichtung unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala.

Quelle: SOEP v35, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Zwar ist das verfügbare Haushaltseinkommen im Osten durchschnittlich noch geringer als im Westen. Doch ist es stärker gewachsen: im Osten um durchschnittlich knapp drei Prozent jährlich seit 1993, im Westen dagegen um 2,5 Prozent.

durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet, einschließlich Einkommensvorteil durch selbstgenutztes Wohneigentum) lagen in Ostdeutschland immer bei rund 80 Prozent der Westwerte. Ohne unterstellte Mieteinnahmen ist die entsprechende Relation um etwa zwei Prozentpunkte höher und damit die relative Situation für Ostdeutschland etwas günstiger.

Die Unterschiede bei den Alterseinkommen sind geringer, wenn statt des Durchschnitts der Median betrachtet wird. Hier erreichen die Haushaltsnettoeinkommen rund 85 Prozent der Westwerte, wobei der Wert im Zeitverlauf Schwankungen von einigen Prozentpunkten aufweist.

Keine Einheit bei Einkommen aus privater und betrieblicher Altersvorsorge

Stellt sich die Frage, warum sich die Alterseinkommen zwischen Ost und West so deutlich zu Gunsten des Westens unterscheiden, obwohl die Rentenbezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Durchschnitt im Osten höher sind. Aufschluss geben die unterschiedlichen Einkunftsarten, aus denen sich das Haushaltseinkommen zusammensetzt. Im Osten bezieht ein wesentlich geringerer Anteil der Haushalte Einkommen aus privaten Renten (inklusive Betriebsrenten) und weniger wohnen in einer selbstgenutzten Immobilie. Einkommen aus Vermögen bezieht zwar ein ähnlich großer Anteil an älteren Haushalten im Osten wie im Westen, allerdings ist die Höhe der Einkünfte im Osten weitaus geringer (Tabelle 2).

Tabelle 2

Durchschnittliches jährliches Einkommen aus den jeweiligen Komponenten In Euro

Jahr	Rente/Pension		Erwerbseinkommen		Vermögenseinkommen		Private Transfers		Staatliche Transfers		Private Renten (inklusive betriebliche Altersvorsorge)		unterstellte Mieteinnahmen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1993	15 247	12 092	3 770	2 799	1 573	350	56	0	158	288	1 316	211	1 402	623
1994	15 884	13 359	3 620	2 456	1 850	418	89	0	160	312	1 342	246	1 467	762
1995	16 112	14 602	3 665	1 821	1 849	500	50	2	268	585	1 393	355	1 578	813
1996	16 425	15 322	3 845	1 817	1 780	497	113	58	363	550	1 468	352	1 715	721
1997	17 136	16 580	3 659	1 853	1 812	496	38	1	365	440	1 500	218	2 109	1 183
1998	17 499	17 201	3 232	1 628	2 206	507	44	7	386	453	1 629	388	2 161	817
1999	17 886	17 667	4 623	1 844	2 400	507	52	5	324	490	1 566	151	2 378	1 025
2000	18 428	17 443	4 335	2 152	2 487	577	86	23	459	504	1 715	420	2 226	1 111
2001	18 257	17 886	4 354	1 753	2 644	641	73	21	456	468	1 946	472	2 513	1 354
2002	18 611	18 874	4 820	1 906	3 101	700	62	14	452	584	2 210	374	2 463	1 154
2003	18 463	19 611	4 599	1 769	3 129	614	55	44	494	590	2 300	249	2 571	978
2004	19 074	19 818	4 500	2 011	2 770	738	42	0	598	559	2 315	350	2 389	1 124
2005	18 955	19 879	5 084	1 693	3 031	607	67	7	474	477	2 584	277	2 556	1 226
2006	19 004	20 278	5 089	1 725	3 459	882	75	0	565	460	2 771	337	2 642	2 279
2007	19 159	20 122	5 508	1 967	3 589	836	103	18	556	513	3 063	398	2 776	2 018
2008	19 280	20 326	5 052	2 008	3 545	879	49	3	556	438	3 272	518	3 045	1 982
2009	20 036	21 046	5 067	1 890	2 928	986	87	0	592	518	3 394	654	3 183	1 677
2010	20 683	20 710	6 141	3 123	2 830	771	96	2	624	507	3 176	351	3 117	1 477
2011	20 866	21 332	5 712	2 225	2 775	738	118	218	566	584	3 690	443	3 121	3 132
2012	21 409	21 739	5 929	2 694	2 619	673	95	4	589	546	3 746	620	3 394	1 900
2013	21 762	22 115	6 105	3 042	2 616	858	76	2	529	610	3 951	393	2 892	1 893
2014	22 581	22 278	6 674	4 031	2 847	707	70	1	533	625	3 904	615	3 195	1 330
2015	22 923	22 043	6 913	4 763	3 041	673	80	5	567	635	3 876	557	3 739	1 740
2016	24 175	23 185	6 995	5 397	3 024	737	79	7	619	703	3 813	569	3 826	2 142
2017	24 758	23 994	7 512	6 095	3 074	759	101	44	685	553	3 774	569	3 810	1 815

Anmerkungen: Das Einkommen wird auf der Haushaltsebene gemessen und nicht nach der Größe des Haushaltes gewichtet. Erwerbseinkommen, Rente und Vermögenseinkommen sind Bruttogrößen.

Quelle: SOEP v35, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Lenkt man generell den Blick von den Anteilen der Haushalte mit einer bestimmten Einkommensart auf die durchschnittliche Höhe der Einkommen aus einer Einkommensart, zeigt sich, dass in beiden Landesteilen die Einkommen aus gesetzlichen Renten und Beamtenpensionen die höchsten Werte aufweisen.¹⁸ Darüber hinaus sticht hervor, dass die Vermögenseinkommen, die Einkommen aus privaten Renten (inklusive Betriebsrenten) und der unterstellte Einkommensvorteil einer Eigentümerwohnung im Westen deutlich höher sind als im Osten. Im Jahr 2017 sind die Einkommen aus Vermögen je Haushalt in Westdeutschland viermal so hoch wie in Ostdeutschland. Bei den privaten Renten ist der

Wert im Westen sechsmal so hoch wie im Osten, bei den unterstellten Mietvorteilen immerhin noch doppelt so hoch.

Deutliche Unterschiede beim Vermögensaufbau

Alle Einkommensarten, die im Westen wesentlich höher ausfallen als im Osten, setzen entweder Erbschaften oder einen langjährigen Vermögensaufbau durch Ersparnis voraus, sei es in Anlagen wie Sparguthaben oder in Wertpapieren, durch Beiträge zu einer privaten oder betrieblichen Altersvorsorge oder durch den Erwerb (und die Entschuldung) von Wohneigentum. Die hier verglichenen Alterseinkommen bis zum Jahr 2017 sind für Ostdeutschland noch in hohem Maße an Einkommen von Personen geknüpft, die ihr ganzes oder den Großteil ihres Erwerbslebens in der DDR verbracht haben. In dieser Zeit standen die beschriebenen privaten Vorsorgeformen überwiegend gar nicht zur Verfügung. Darüber hinaus war ein großer Teil der heutigen Bestandsrentnerinnen und -rentner in den Jahren nach der Wiedervereinigung von niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Entsprechend schwer fiel es, Mittel für die zusätzliche Altersvorsorge zu erlangen oder einzusetzen.

¹⁸ Nach den Ergebnissen zu den GRV-Renten waren sowohl die durchschnittlichen Renten der Männer als auch der Frauen in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Daraus folgt, dass auch die durchschnittlichen Renten (ohne Unterscheidung nach dem Geschlecht) in Ostdeutschland höher sind als in Westdeutschland. In Tabelle 2 zeigt sich für GRV-Renten und Beamtenpensionen sowie Renten aus Versorgungswerken der freien Berufe ein etwas höherer Wert in Westdeutschland. Der wesentliche Grund für die abweichenden Ergebnisse sind die in Westdeutschland häufigeren und im Vergleich zu GRV-Renten höheren Beamtenpensionen. Zu beachten ist aber auch, dass die jeweiligen Zahlen aus unterschiedlichen Datenquellen stammen, so dass sich auch darüber Unterschiede ergeben können.

Fazit: Vermögensaufbau sollte im Osten gestärkt werden, um langfristige Angleichung der Alterseinkommen zu erreichen

Ab dem Jahr 2025 sollen die rechtlichen Regelungen der GRV in den alten und neuen Bundesländern vereinheitlicht sein. Durch das Gesetz wurde damit zwar ein einheitliches Recht für die gesetzliche Rente in Deutschland beschlossen und es zeigt sich auch bereits heute tendenziell eine Angleichung bei den tatsächlich bezogenen Renteneinkommen aus der GRV. Der gewählte Weg der Vereinheitlichung wird aber die ostdeutschen Bestandsrentnerinnen und -rentner sowie alle rentennahen Jahrgänge begünstigen. Finanziert wird dieser Schritt größtenteils aus Beitragsmitteln. Langfristig könnten jüngere ostdeutsche Kohorten durch den Wegfall der höheren Bewertung ihrer Beiträge im Mittel sogar verlieren, nämlich dann, wenn es zu keiner weiteren Angleichung der Löhne zwischen Ost und West kommt.

Der Blick auf die weiteren Einkommenskomponenten zeigt, dass ein alleiniger Fokus auf die GRV beim Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zu kurz greift. Bei den anderen Einkommenskomponenten der älteren Bevölkerung, insbesondere den privaten und betrieblichen Renten sowie Vermögenseinkommen, herrschen nach wie vor persistente Unterschiede, so dass sich bei den gesamten Alterseinkommen keine Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland anbahnt.

Es zeigt sich, dass alle Einkommensarten, die im Westen wesentlich höher ausfallen als im Osten, entweder Erbschaften oder einen langjährigen Vermögensaufbau durch Ersparnis voraussetzen, wie durch Sparguthaben oder Wertpapiere, durch Beiträge zu einer privaten oder betrieblichen Altersvorsorge oder durch den Erwerb (und die Entschuldung) von Wohneigentum.

Um auch eine Angleichung bei den Alterseinkommen und den Lebenslagen von Älteren zwischen Ost und West zu erreichen, wird es neben einer guten Entwicklung von Beschäftigung und Löhnen in Ostdeutschland notwendig sein, Reformen bei der privaten und betrieblichen Altersvorsorge anzustoßen. Die Lücke bei der Altersvorsorge könnte langfristig durch eine Kombination aus einer verpflichtenden privaten oder betrieblichen Altersvorsorge und finanzieller Unterstützung durch den Staat geschlossen werden. Auch die Förderung des Wohneigentums in Ostdeutschland sollte stärker in den Fokus genommen werden. Um auch den Vermögensaufbau zu stärken, wäre eine Möglichkeit, das kürzlich vorgeschlagene Modell des Mietkaufs auch regional gezielt umzusetzen.¹⁹

¹⁹ Peter Gründling und Markus M. Grabka (2019): Staatlich geförderter Mietkauf kann einkommensschwachen Familien Weg in die eigenen vier Wände ebnet. DIW Wochenbericht Nr. 29, 499–506.

Hermann Buslei ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | hbuslei@diw.de

Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | jgeyer@diw.de

Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | phaan@diw.de

JEL: H55, J26, J11

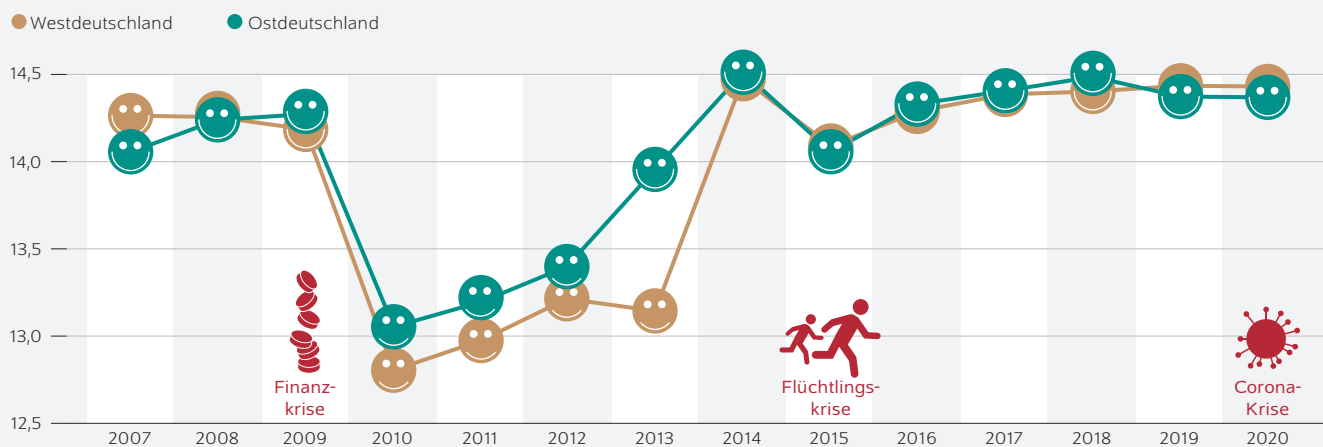
Keywords: Public pensions, East and West Germany, income of pensioners

Ost- und Westdeutschland in der Corona-Krise: Nachwendegeneration im Osten erweist sich als resilient

Von Stefan Liebig, Laura Buchinger, Theresa Entringer und Simon Kühne

- Corona-Pandemie hat Unterschiede in psychischer Verfasstheit in Ost- und Westdeutschland nicht verschärft, dennoch sind Reaktionen unterschiedlich
- Einsamkeit in erster Phase der Corona-Pandemie im Osten höher, nimmt im Zeitverlauf aber schneller ab als im Westen
- Frauen sind psychisch stärker von Krise betroffen als Männer und im Osten weitaus stärker als im Westen
- Junge, im Osten lebende Generation steckt Krisensituation besser weg als die Älteren und tendentiell auch als die Gleichaltrigen im Westen
- Trotz positiven Befunds sollte Politik psychisch anfälligere Gruppen nicht aus dem Blick verlieren und Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken

In der Finanzkrise ist das Wohlbefinden deutlich gesunken, in der Corona-Pandemie bisher noch nicht
Mittelwert des affektiven Wohlbefindens auf einer Skala von 4 bis 20



ZITAT

„Insbesondere die Entwicklung der depressiven Gestimmtheiten sollte weiter beobachtet werden. Sollte sie weiter ansteigen, könnte dies bedeutsame gesellschaftliche Auswirkungen haben. In der öffentlichen Debatte sollte stärker betont werden, welche Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie erzielt wurden, damit sich das Bild der Ausweglosigkeit nicht verfestigt.“ — Stefan Liebig —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit C. Katharina Spieß
www.diw.de/mediathek

Ost- und Westdeutschland in der Corona-Krise: Nachwendegeneration im Osten erweist sich als resilient

Von Stefan Liebig, Laura Buchinger, Theresa Entringer und Simon Kühne

ABSTRACT

Bei der Lebenszufriedenheit haben sich Ost- und Westdeutsche seit der Wiedervereinigung deutlich angenähert, wenn auch die in Ostdeutschland lebenden Menschen weiterhin weniger zufrieden sind als die in Westdeutschland. Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise könnte diese Annäherung nun umkehren. Untersuchungen auf Basis der SOEP-CoV-Befragung zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist, gleichwohl aber Unterschiede in den Reaktionen zu beobachten sind. So steigen die Einsamkeit und die depressive Gestimmtheit bei den im Osten lebenden Menschen im April mit Beginn der Eindämmungsmaßnahmen zwar signifikant stärker als bei den im Westen lebenden Menschen, sinken dafür aber mit den Lockerungen auch wieder schneller. Differenziertere Analysen zeigen zudem, dass die psychische Verfasstheit auch mit Faktoren wie Einkommen, Geschlecht und Alter zusammenhängt. Im Osten lebende Frauen sind stärker psychisch in Mitleidenschaft gezogen als Männer und Frauen in Westdeutschland. Dafür erweist sich aber die junge, im Osten lebende Generation der unter 35-Jährigen als psychisch krisenfester als ihre Altersgenossen im Westen und insbesondere ältere Generationen im Osten.

Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie eingeleiteten Maßnahmen und die damit verbundenen Einschränkungen limitieren nicht nur das ökonomische Leben, sondern greifen auch in die soziale und private Lebensgestaltung ein. Auch wenn viele Einschränkungen mittlerweile wieder gelockert wurden, können diese Einschnitte in die Lebensqualität maßgeblich für das individuelle Wohlergehen, die psychische Gesundheit und die allgemeine Lebenszufriedenheit sein. Umfragen in der ersten Hälfte des Jahres zeigen, dass sich die meisten Deutschen keine Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation machten.¹ Hier gilt sicherlich auch, dass eine sehr große Mehrheit aufgrund der positiven ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre und dem seit 2004 kontinuierlich ansteigenden Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit gleichsam gut gerüstet ist.²

In diesem Zusammenhang wichtig ist jedoch die Beobachtung, dass die Pandemie nicht alle in gleicher Weise trifft, sondern einzelne Bevölkerungsgruppen, wie etwa Frauen oder bestimmte Altersgruppen, besonders betroffen sind. Auffällig ist dabei, dass eine in den öffentlichen Debatten in Deutschland seit nunmehr dreißig Jahren beständig präsente Konfliktlinie bislang wenig Beachtung gefunden hat: die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Immer noch bestehen zwischen Ost- und Westdeutschland ökonomische und strukturelle Unterschiede. Beispielsweise ist die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland geringer, die Arbeitslosenquote höher, das Durchschnittsalter höher und die Bevölkerungsdichte niedriger. Diese ökonomischen und strukturellen Unterschiede wirken sich auch auf das psychische Wohlbefinden der Einzelnen aus: Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit haben sich zwar über die letzten 30 Jahre angenähert, sind bei den in Ostdeutschland lebenden Menschen jedoch noch immer geringer als bei denen in Westdeutschland.³

¹ Carsten Schröder et al. (2020): Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich. DIW aktuell 41 (online verfügbar, abgerufen am 20.08.2020. Dies gilt für alle Online-Quellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt).

² Jan Goebel, Markus Grabka und Stefan Liebig (2019): Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. DIW Wochenbericht 19, 343–353 (online verfügbar).

³ Vgl. Maximilian Priem, Franziska Kaiser und Jürgen Schupp (2020): Zufriedener denn je – Lebensverhältnisse in Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. ISt 64, 7–15 (online verfügbar).

Kasten

Datengrundlage und Indikatoren

Die Datengrundlage dieses Berichts ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die darin eingebettete SOEP-CoV-Studie. Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 durchgeführt wird. Das SOEP enthält eine Vielzahl an Informationen zu den Befragten auf individueller und Haushaltsebene. Hierzu zählen neben soziodemografischen Charakteristika (Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Alter und Geschlecht der Haushaltsmitglieder, Einkommen etc.) Informationen zum Erwerbsstatus (Arbeitszeit, Branche, Erwerbseinkommen, Anzahl der Mitarbeiter im Betrieb etc.) sowie Fragen zu Gesundheit, Sorgen oder Lebenszufriedenheit.¹

SOEP-CoV ist ein Verbundprojekt der Universität Bielefeld und dem SOEP am DIW Berlin, das seit dem 1. April 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderaufrufs zur „Erforschung von COVID-19 im Zuge des Ausbruchs von Sars-CoV-2“ gefördert wird. Die SOEP-CoV-Studie richtet sich an alle Haushalte der SOEP-Kernstichproben, wobei in jedem Haushalt im Zeitraum von 1. April bis 5. Juli 2020 jeweils eine Person telefonisch zu ihrer beruflichen und familiären Situation, zu ihren Sorgen und ihrer Gesundheit sowie zu Erwartungen und Meinungen befragt wurde.²

Die Analysen in diesem Wochenbericht beruhen auf den Angaben von 4 330 Personen, die aktuell in den alten Bundesländern wohnen (West) und 1287 Personen aus den neuen Bundesländern (Ost). Die Daten der SOEP-CoV-Studie bieten bei der Analyse von Ost-West-Unterschieden zwei zentrale Vorteile: Erstens wurden

zur Messung von *Einsamkeit*, *depressiver Gestimmtheit* und *affektivem Wohlbefinden* Indikatoren verwendet, die bereits seit einigen Jahren in der *SOEP-Hauptstudie* verwendet werden. Damit lässt sich nicht nur die Veränderung im Frühjahr 2020 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren abschätzen, sondern auch feststellen, ob mögliche Unterschiede zwischen den Landesteilen kleiner oder größer wurden oder gleichgeblieben sind. Ein zweiter Vorteil der Daten besteht darin, dass die SOEP-Haushalte über einen längeren Zeitraum befragt wurden. Zwar wurde jeder Haushalt nur einmal befragt, doch erfolgte die Erhebung im Zeitraum der 14. bis 27. Kalenderwoche des Jahres 2020 in insgesamt neun zeitversetzten und im Umfang unterschiedlichen Tranchen.³ Damit können Veränderungen im Zeitverlauf über die Haushalte hinweg beobachtet werden. Dies ist auch deshalb wichtig, weil der von SOEP-CoV erfasste Zeitraum im Prinzip drei Phasen abdeckt: Die Phase des kompletten Lockdowns vom 1. bis 18. April (Phase 1), die Phase der schrittweisen Öffnung in einzelnen Bundesländern vom 19. April bis 30. Mai (Phase 2) und schließlich die weitgehende auch bundesweite Lockerung vieler Einschränkungen ab dem 1. Juni bis 5. Juli (Ende der Befragung) (Phase 3).

Die vier Indikatoren Einsamkeit, depressive Gestimmtheit, affektives Wohlbefinden und positiver Bewertungsstil haben unterschiedliche Skalen: Die Einsamkeit wurde auf einer Skala von 0 bis 4 bewertet, die depressive Gestimmtheit auf einer Skala von 0 bis 12, das affektive Wohlbefinden auf einer Skala von 4 bis 20 und der positive Bewertungsstil auf einer Skala von 5 bis 20.

¹ Für mehr Informationen zum SOEP siehe Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239(2), 345–360.

² Nähere Information zu SOEP-CoV finden sich unter <http://www.soep-cov.de> sowie im SOEP-CoV-Methodenpapier von Simon Kühne et al. (2020): The Need for Household Panel Surveys in Times of Crisis: The Case of SOEP-CoV. *Survey Research Methods*, 14(2), 195–203 (online verfügbar).

³ Die Feldzeit für Tranche 1 bis 4 betrug jeweils zwei Wochen (mit einer zusätzlichen Woche Nachbearbeitung), für Tranche 5 bis 9 jeweils eine Woche. Die folgenden Analysen stützen sich auf folgende Fallzahlen in den einzelnen Tranchen: Tranche 1 (KW 14–16) 1097 (West)/333 (Ost), Tranche 2 (KW 16–18) 1291/333, Tranche 3 (KW 18–20) 616/205, Tranche 4 (KW 20–22) 379/150, Tranche 5 (KW 22–23) 198/58, Tranche 6 (KW 23–24) 194/63, Tranche 7 (KW 24–25) 180/52, Tranche 8 (KW 25–26) 191/50, Tranche 9 (KW 26–27) 184/43.

Die durch die Corona-Pandemie hervorgerufene Krise geht mit massiven ökonomischen Belastungen sowie Einschränkungen der Freiheitsrechte in beiden Landesteilen einher. Gleichzeitig betrifft die Pandemie die Landesteile sehr unterschiedlich: Die Fallzahlen sind in Ostdeutschland weitaus geringer als in Westdeutschland.⁴ Da die Vorbedingungen in beiden Landesteilen so unterschiedlich sind, ist damit zu rechnen, dass die Krise Unterschiede erneut verstärkt.

Dieser Bericht untersucht deshalb, ob im subjektiven Erleben und im subjektiven Umgang mit den Beschränkungen der aktuellen Pandemie Unterschiede zwischen den in Ost- und Westdeutschland lebenden Menschen deutlich werden und dementsprechend 30 Jahre nach der Vereinigung weiterhin eine „Mauer zwischen den Köpfen“ existiert.

Vier Indikatoren zur psychischen Verfasstheit

Um die potentiell unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-bedingten Einschränkungen auf die subjektive psychische Verfasstheit in Ost und West zu untersuchen, werden die Daten der SOEP-CoV-Studie verwendet. In dieser Studie des DIW Berlin und der Universität Bielefeld wurden ungefähr 6700 Haushalte, die regelmäßig an der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) teilnehmen, telefonisch von April bis Juli 2020 befragt (Kasten). Von Interesse sind für diesen Bericht insbesondere vier Indikatoren, die grundlegende psychische Verfasstheiten erfassen. Diese verweisen darauf, wie Personen die Einschränkungen des sozialen Lebens im Allgemeinen und ihrer eigenen sozialen Kontakte wahrnehmen und damit emotional umgehen.

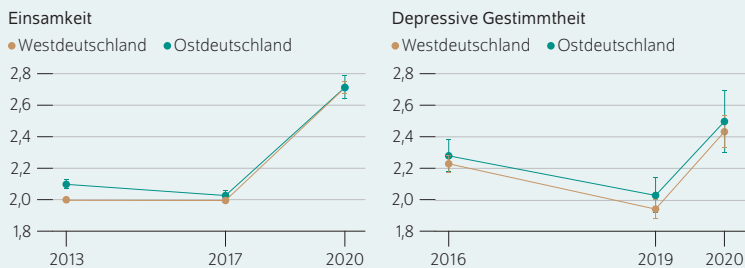
Dies ist erstens das Gefühl von *Einsamkeit*, das insbesondere in der Zeit des Lockdowns unmittelbar durch die

⁴ Vgl. auf der Website des Robert-Koch-Instituts: COVID-19: Fallzahlen in Deutschland und weltweit (online verfügbar).

Abbildung 1

Einsamkeit und depressive Gestimmtheit in Ost- und Westdeutschland vor und während der Corona-Pandemie

Mittelwert auf einer Skala von 0 bis 4 (Einsamkeit) und 0 bis 12 (depressive Gestimmtheit)



Quellen: SOEP v36, Vorabdaten 2019; SOEP-CoV; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Einsamkeit und depressive Gestimmtheit haben in beiden Landesteilen im Vergleich zum Vorjahr stark zugenommen.

hinaus gehenden Verhaltensregeln (zum Beispiel das Tragen von Masken, Begrenzungen im Zugang zu Geschäften etc.) sowie die ständige Unsicherheit, sich zu infizieren, stellen eine neuartige Qualität von Stresssituationen dar, die sich auch in psychischen Krankheitssymptomen zeigen können.⁵

Gerade die allgegenwärtige Unsicherheit und Unausweichlichkeit der Situation gekoppelt mit fehlenden Handlungsmöglichkeiten sowie die eingeschränkten Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit nahestehenden Personen können die Entstehung depressiver Gestimmtheit begünstigen. Deshalb betrachtet dieser Bericht als dritten Indikator einer psychischen Verfasstheit die *depressive Gestimmtheit*, die sich in einem geringen Interesse, einer Niedergeschlagenheit und Nervosität sowie dem Gefühl äußert, das Nachdenken über Sorgen nicht stoppen zu können.

Der vierte Indikator ist die *positive Bewertung von Stresssituationen*. Die Forschung zu den Folgen von und dem Umgang mit Stresssituationen zeigt, dass die Übersetzung von Stresssituationen in psychische Krankheitssymptome damit zusammenhängt, wie Personen die Stresssituationen wahrnehmen und deuten.⁶ Neben den belastenden Situationen selbst entscheidet die Art und Weise, wie die Situation subjektiv bewertet wird, ob Stress und darauf aufsetzende Krankheiten entstehen oder nicht. Ein positiver Bewertungsstil führt dazu, dass Stresssituationen weniger belastend erfahren werden. Dies schützt vor stressbedingten Erkrankungen und fördert die Resilienz, das heißt die psychische Widerstandsfähigkeit des Einzelnen.

Einsamkeit und depressive Gestimmtheit im Zuge der Corona-Einschränkungen in Ost und West angestiegen

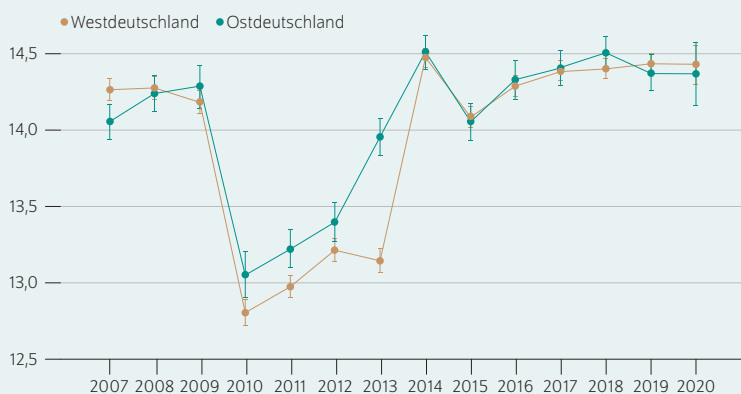
Für die vier Indikatoren psychischer Verfasstheiten fragt dieser Bericht zunächst, ob sie sich zwischen im Osten und im Westen lebenden Menschen unterscheiden. Die Daten der SOEP-CoV-Studie erlauben es, dies zunächst für die Zeit vor dem Beginn der Pandemie zu betrachten – mit Ausnahme des *positiven Bewertungsstils*. Dazu kann auf unterschiedlich lange Zeitreihen zurückgegriffen werden.

Für die Indikatoren *Einsamkeit* und *depressive Gestimmtheit* zeigen die Daten einen Anstieg während der Pandemie im Vergleich zu den Vorjahren (Abbildung 1). Dieser Anstieg ist für die depressive Gestimmtheit allerdings nur im Vergleich mit dem Jahr 2019 signifikant und befindet sich während der Pandemie auf einem ähnlichen Niveau wie 2016.

Abbildung 2

Affektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland vor und während der Corona-Pandemie

Mittelwert auf einer Skala von 4 bis 20



Quellen: SOEP v36, Vorabdaten 2019; SOEP-CoV; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Das affektive Wohlbefinden liegt seit 2014 in Ost- und Westdeutschland ungefähr gleichauf. Starke Veränderungen wie nach der Finanzkrise sind bisher nicht beobachtbar.

Kontaktbeschränkungen bestimmt worden sein könnte. Zweitens beleuchtet dieser Bericht das *affektive Wohlbefinden*. Dieses erfasst, inwieweit die eigene Stimmungslage durch Gefühle der Traurigkeit, des Ärgers, der Angst und des Glücks bestimmt ist. Sowohl bei der *Einsamkeit* als auch beim *affektiven Wohlbefinden* geht es darum, die individuellen emotionalen Folgeeffekte und das subjektive Erleben der pandemiebedingten Einschränkungen des Alltags abzubilden. Die Einschränkungen der sozialen Kontakte, die darüber

⁵ Jianyin Qui et al. (2020): A nationwide survey of psychological distress among Chinese people in the COVID-19 epidemic: implications and policy recommendations. *General psychiatry*, 33, e100213.

⁶ Susan Folkman und Judith T. Moskowitz (2000): Stress, Positive Emotion and Coping. *Current Directions in Psychological Science*, 9, 115-118; Richard G. Tedeschi, Crystal L. Park und Lawrence G. Calhoun (1998): Posttraumatic growth: Positive changes in the aftermath of crisis. Lawrence Erlbaum Associates Publishers; Raffael Kalisch et al. (2020): A generic solution for the operationalization and measurement of resilience and resilience processes in longitudinal observations: rationale and basic design of the MARP and LORA studies (doi: 10.31234/osf.io/jg238).

Betrachtet man das Niveau des *affektiven Wohlbefindens* über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich zunächst, dass sich dieses seit 2014 auf einem vergleichsweise stabilen Niveau in beiden Landesteilen bewegt (Abbildung 2). Bemerkenswert ist hier der Vergleich zur Folgezeit einer anderen „Krisenerfahrung“ – der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009. In ihrer Folge sank das affektive Wohlbefinden deutlich ab – jedoch nicht unmittelbar, sondern zeitversetzt im Jahr 2010.

Am Verlauf der Linien für Ost- und Westdeutschland wird deutlich, dass es vor 2013 für mehrere Jahre statistisch signifikante Unterschiede zwischen Ost und West gab, sichtbar an den nicht überlappenden Konfidenzintervallen. In den vergangenen sieben Jahren finden sich derartige Unterschiede jedoch nicht mehr. Ein Zeichen dafür, dass sich die Lebensbedingungen in den beiden vormals getrennten Regionen angeglichen haben. Auch im Zuge der Corona-Krise ist das affektive Wohlbefinden bis Anfang Juli nicht merklich abgesunken.

Psychische Verfasstheiten in den verschiedenen Phasen der Pandemie

Es ist möglich, dass die emotionalen und psychischen Folgen der Kontaktbeschränkungen und der darüber hinaus gehenden Maßnahmen erst mit deren Dauer und über die Zeit sichtbar oder wirksam werden. Es ist bekannt, dass insbesondere lang andauernde Stresssituationen zu psychischen oder auch physischen Krankheitssymptomen führen.⁷ Die Einschränkungen des sozialen Lebens verändern sich aber auch in dem hier betrachteten Zeitraum. Während in der ersten Phase des Lockdowns sehr weitreichende Beschränkungen sozialer Kontakte bestanden, wurden diese seit Mitte April schrittweise gelockert (Kasten).

Einsamkeit und depressive Gestimmtheit steigen im Osten zunächst stärker

Mit den vorliegenden SOEP-CoV-Daten kann die Entwicklung der psychischen Verfasstheiten im Zeitverlauf von April bis Juni 2020 für die beiden Regionen nachgezeichnet werden (Abbildung 3). Am Mittelwert des Indikators Einsamkeit für Ost- und Westdeutschland in den drei Phasen der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie wird deutlich,⁸ dass das *Einsamkeitsgefühl* in der Zeit des Lockdowns (Phase 1) bei den in Ostdeutschland lebenden Menschen höher ist als bei den in Westdeutschland lebenden. Die *depressive Gestimmtheit* ist bei den in Ostdeutschland lebenden Menschen dagegen zunächst geringer. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass im Osten lebende Menschen, verglichen mit im Westen lebenden, Stresssituationen grundsätzlich weniger positiv bewerten.

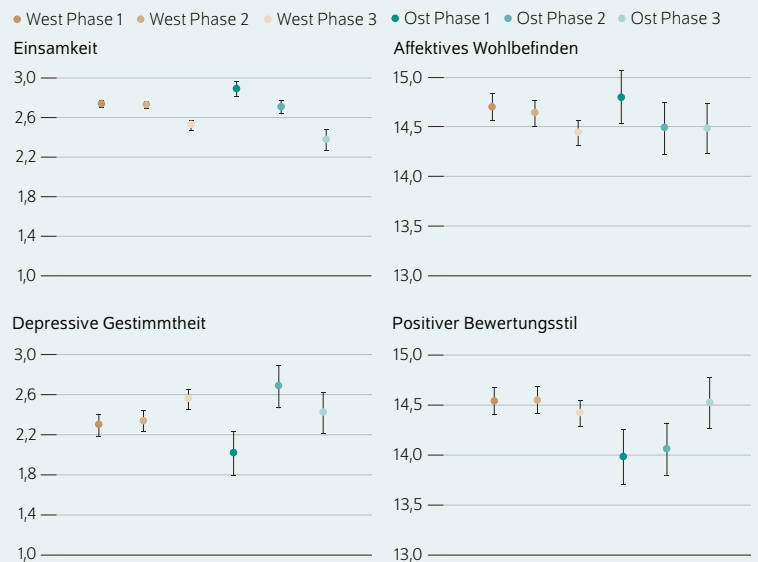
⁷ Vgl. dazu etwa Ulfert Hapke et al (2013): Chronischer Stress bei Erwachsenen in Deutschland. Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz, 56(5-6), 749–754.

⁸ Bei den berichteten Mittelwerten handelt es sich um marginale Effekte auf der Grundlage eines linearen Regressionsmodells, wie es in Tabelle 1 berichtet wird. Es werden im Text nur solche Mittelwertunterschiede diskutiert, die in diesem Modell auch statistisch signifikant sind.

Abbildung 3

Psychische Verfasstheiten in Ost- und Westdeutschland über die drei zeitlichen Corona-Phasen

Jeweils Mittelwerte¹



¹ Für Einsamkeit auf einer Skala von 0 bis 4, für affektives Wohlbefinden auf einer Skala von 4 bis 20, für positiven Bewertungsstil auf einer Skala von 5 bis 20 und für die depressive Gestimmtheit auf einer Skala von 0 bis 12.

Anmerkung: marginale Effekte eines Regressionsmodells aus Tabelle 1, zur Gewichtung vgl. <https://www.soep-cov.de/Gewichtung/>

Quelle: SOEP-CoV, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2020

Gegenläufig ist die Entwicklung vor allem beim positiven Bewertungsstil: Während er im Westen eher sinkt, steigt er im Osten über die Zeit deutlich an.

Was die Entwicklung der wahrgenommenen *Einsamkeit* anbelangt, so nimmt diese über den Zeitverlauf erwartungsgemäß ab. Nach den Lockerungen der Kontaktbeschränkungen fühlen sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland weniger einsam. Im Westen ist ein leichter Zeitverzug zu beobachten. Die Absenkung wird erst Anfang Juni sichtbar und ist weniger stark als im Osten, weshalb im Juni das Einsamkeitsgefühl bei in Ostdeutschland lebenden Menschen geringer ist als bei in Westdeutschland lebenden Menschen. Eine naheliegende Ursache für diese Entwicklung in den Landesteilen ist sicherlich das unterschiedliche Vorgehen der einzelnen Bundesländer bei der Lockerung. In Ostdeutschland wurden Kontaktbeschränkungen schneller und weitreichender gelockert – auch aufgrund der geringeren Infektionszahlen.

Für das *affektive Wohlbefinden* liegen in der Phase des Lockdowns zunächst keine statistisch signifikanten Ost-West-Unterschiede vor. Im weiteren Verlauf der Pandemie sinkt es in beiden Landesteilen; auch hier ist die Entwicklung im Westen zeitversetzt. In beiden Regionen ist außerdem ein Anstieg der *depressiven Gestimmtheit* zu verzeichnen. Dieser Anstieg beginnt in Ostdeutschland bereits in der zweiten Aprilhälfte (Phase 2) unmittelbar nach dem Lockdown und

Tabelle 1

Psychische Verfasstheiten, ihre regionalen Unterschiede und zeitliche Veränderung

Durchschnittliche Abweichungen vom Mittelwert der vier Indikatoren (lineares Regressionsmodell)¹

	Einsamkeit	Affektives Wohlbefinden	Depressive Gestimmtheit	Positiver Bewertungsstil
Ost-West Unterschiede und Zeitverlauf				
Wohnregion (Ost = 1)	0,1578***	0,1067	-0,2861*	-0,5859***
Zeitlicher Verlauf nach Region (Referenzzeitraum: 1. Phase, 1. bis 18. April)				
West, 2. Phase (19. April bis 30. Mai)	-0,0166	-0,0248	0,0703	0,0280
West, 3. Phase (1. Juni bis 5. Juli)	-0,2166***	-0,3483**	0,1938*	-0,0421
Ost, 2. Phase (19. April bis 30. Mai)	-0,1917***	-0,3507*	0,7171***	0,0984
Ost, 3. Phase (1. Juni bis 5. Juli)	-0,5241***	-0,3190	0,3002+	0,5633**
Kontrollvariablen				
Alter (in Jahren)	-0,0048***	0,0000	-0,0178***	-0,0004
Geschlecht (Frau = 1)	0,2546***	-1,0973***	0,5446***	0,0651
Bildung (Referenz: niedrige Bildung)				
Mittlere Bildungsabschlüsse	0,0130	0,0420	-0,2152**	0,3362***
Höhere Bildungsabschlüsse	-0,0616+	0,1350	-0,2713**	0,7911***
Erwerbstätigkeit (=1)	-0,0129	-0,1076	-0,2942***	0,0415
Vorerkrankungen	0,0767**	-0,2954***	0,1044	-0,0935
Einkommensposition (Quintile des Haushaltsäquivalenzeinkommen) (Referenz: unterste 20 Prozent)				
20–40 Prozent der Haushalte	0,0024	0,5960***	-0,4743***	0,4811***
40–60 Prozent	-0,0276	0,8654***	-0,4951***	0,4279***
60–80 Prozent	-0,0540	0,9751***	-0,7045***	0,4627***
Oberste 20 Prozent der Haushalte	-0,0865*	1,0545***	-0,7572***	0,6202***
Einpersonenhaushalte (Referenz: Mehrpersonenhaushalte)	0,0222	0,0381	-0,1042	0,1485+
Kinder im Haushalt (Referenz: keine Kinder)	0,0953**	-0,0716	-0,1177	0,1055
Entfernung der Wohnung von einer Großstadt (1 Wkg. liegt im Großstadtzentrum ...6 ...60 km und mehr)	0,0101	-0,0213	-0,0020	-0,0507*
Haushalt in Einfamilienhaus (Referenz: Mehrfamilienhaus)	-0,0556*	0,3651***	-0,2635***	0,2116*
Wohnfläche in qm	0,0001	0,0004	-0,0013	-0,0002
Konstante	2,8355***	14,5337***	4,1131***	13,8367***
R ²	0,0609	0,0815	0,0760	0,0350
N	5777			

1 Für Einsamkeit auf einer Skala von 0 bis 4, für affektives Wohlbefinden auf einer Skala von 4 bis 20, für positiven Bewertungsstil auf einer Skala von 5 bis 20 und für die depressive Gestimmtheit auf einer Skala von 0 bis 12.

Signifikanzniveaus: + p < 0,10, * p < 0,5, ** p < 0,01, *** p < 0,001

Lesehilfe: Bei den Werten zur Einsamkeit zeigt sich, dass das Alter ein signifikanter Faktor für Einsamkeit ist: Mit zunehmendem Alter geht die Einsamkeit pro Lebensjahr durchschnittlich um 0,0048 Punkte zurück (auf einer Skala von 0 bis 4), vorausgesetzt alle weiteren Variablen wie Geschlecht, Herkunft, Bildung, Einkommen etc. sind gleich.

Quellen: SOEP-CoV und SOEP v36 mit Vorabdaten 2019

© DIW Berlin 2020

Erklärung ist, dass die mit der Pandemie einhergehenden Einschränkungen zunehmend als belastend empfunden werden und sich dieser anhaltende Stress beginnt, auf die Psyche auszuwirken.

Menschen im Osten arrangieren sich im Verlauf besser mit der Krise

Gleichzeitig wächst aber bei den in Ostdeutschland lebenden Menschen die Tendenz, sich mit der gegebenen Situation zu arrangieren. So liegt die positive Bewertung der vorliegenden Stresssituation in der dritten Phase der Corona-Beschränkungen um mehr als 0,5 Punkte und statistisch signifikant höher als in der ersten Phase. Die Ansicht, die Situation sei im Vergleich nicht so schlimm und man müsse sie akzeptieren, nimmt im Osten deutlich zu und erreicht in der dritten Phase das Niveau von Westdeutschland.

Insgesamt stützen die Befunde die These, dass die Einschränkungen während der Pandemie Auswirkungen auf die psychischen Verfasstheiten haben. Mit Dauer der Beschränkungen nimmt das *affektive Wohlbefinden* leicht ab, ein Zeichen dafür, dass diese mit zunehmender Dauer auch als stärker belastend wahrgenommen werden. Die Befunde zeigen auch, dass es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Zwar sind diese – im Fall der *Einsamkeit* und des *affektiven Wohlbefindens* – durchaus kongruent mit den unterschiedlichen Lockerungsstrategien der einzelnen Bundesländer in der zweiten Phase des hier betrachteten Zeitraums. Gleichwohl lassen sich auch Entwicklungen beobachten – etwa die Zunahme der *depressiven Gestimmtheit* und des *positiven Bewertungsstils* –, die darauf verweisen, dass Menschen in Ost- und Westdeutschland in eigener Weise auf die Pandemie reagieren.

Einkommen, Alter, Geschlecht: Strukturelle Faktoren psychischer Verfasstheiten haben Einfluss

Eine verallgemeinernde Rede von „den“ Ost- oder Westdeutschen erfasst 30 Jahre nach der Vereinigung nicht das gesamte Bild. Zum einen hat in den letzten Jahrzehnten eine beträchtliche Binnenmigration stattgefunden. Zum anderen hatte bereits die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung der 1990er-Jahre früh darauf aufmerksam gemacht, dass schon in den ersten Jahren nach der Vereinigung Unterschiede in Mentalitäten, Einstellungen oder Präferenzen durch einzelne sozialstrukturelle Gruppen und deren Erfahrungen in der DDR sowie im Transformationsprozess getragen waren. Umso notwendiger ist eine differenzierte Betrachtung – gerade vor dem Hintergrund der neueren Diskussionen um „ostdeutsche Identitäten“⁹ und den spezifischen ostdeutschen Erfahrungen der letzten 30 Jahre – auch bei der Frage nach den durch die Pandemie verursachten psychischen Verfasstheiten. Deshalb

⁹ Vgl. dazu etwa Jörg Ganzenmüller (2020): Ostdeutsche Identitäten: Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv, 24.4.2020 (online verfügbar).

Tabelle 2

Strukturelle Bestimmungsfaktoren psychischer Verfasstheiten im Zeitraum April bis Juli 2020

Durchschnittliche Abweichungen vom Mittelwert der vier Indikatoren (lineares Regressionsmodell)¹

	Einsamkeit		Affektives Wohlbefinden		Depressive Gestimmtheit		Positiver Bewertungsstil	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Geschlecht (Frau = 1)	0,2600***	0,2477***	-1,1488***	-0,9348***	0,4720***	0,8270***	0,0407	0,1170
Altersgruppe der bis 35 Jährigen (Referenz: Alter 34 Jahre)	0,1169***	-0,0718	0,1466	0,5265**	0,5424***	0,3097+	-0,0849	0,8491***
Bildung (Ref. niedrige Bildung)								
Mittlere Bildungsabschlüsse	0,0159	0,0852	-0,0088	0,1588	-0,1271+	-0,2538	0,4464***	0,0311
Höhere Bildungsabschlüsse	-0,0732*	0,0078	0,1674	-0,0238	-0,2811**	-0,1947	0,7739***	0,8734***
Erwerbstätigkeit (=1)	0,0340	0,1237*	-0,1529	-0,0388	0,0089	-0,3119*	-0,0445	0,3421*
Vorerkrankungen	0,0209	0,1967***	-0,2217*	-0,4240**	0,1027	-0,0774	-0,0648	-0,1692
Einkommensposition (Referenz: unterste 20 Prozent)								
20–40 Prozent der Haushalte	-0,0272	-0,0147	0,5542***	0,7695***	-0,3710***	-0,9424***	0,3673**	0,7943***
40–60 Prozent	-0,0321	-0,1225+	0,7383***	1,2365***	-0,4473***	-0,8905***	0,2622+	0,8883***
60–80 Prozent	-0,0767+	-0,0821	0,9514***	1,0732***	-0,7196***	-0,7216***	0,3377*	0,7391**
Oberste 20 Prozent der Haushalte	-0,1210*	0,0736	1,0532***	1,0248***	-0,7627***	-0,6870**	0,5496***	0,7738**
Einpersonenhaushalte (Referenz: Mehrpersonenhaushalte)	0,0011	0,0722	0,1296	-0,2599	-0,2093**	0,0903	0,1592	-0,0345
Kinder im Haushalt (Referenz: keine Kinder)	0,1168***	0,2436***	0,0689	-0,7301***	-0,0504	0,5255**	0,1276	-0,1673
Entfernung der Wohnung von einer Großstadt (6 Entfernungskategorien)	0,0251**	-0,0388**	-0,0167	-0,0403	-0,0062	-0,0017	-0,0095	-0,1279**
Haushalt in Einfamilienhaus (Referenz: Mehrfamilienhaus)	-0,0712*	0,0009	0,3313***	0,5322**	-0,2900***	-0,1352	0,2689**	0,0940
Wohnfläche in qm	-0,0000	-0,0002	0,0005	0,0026	-0,0008	-0,0068**	-0,0005	-0,0009
Konstante	2,5408***	2,6827***	14,5255***	14,4054***	2,8106***	3,1327***	13,7931***	13,2870***
R ²	0,0533	0,105	0,0805	0,1088	0,0640	0,1263	0,0256	0,0936

1 Für Einsamkeit auf einer Skala von 0 bis 4, für affektives Wohlbefinden auf einer Skala von 4 bis 20, für positiven Bewertungsstil auf einer Skala von 5 bis 20 und für die depressive Gestimmtheit auf einer Skala von 0 bis 12.

Anmerkung: gewichtet (vgl. <https://www.soep-cov.de/Gewichtung/>)

Signifikanzniveaus: + p < 0,10, * p < 0,5, ** p < 0,01, *** p < 0,001

Lesehilfe: In der Corona-Krise leiden Frauen in Ost und West stärker unter Einsamkeit als Männer. Frauen sind im Westen 0,2600 und im Osten 0,2477 Punkte auf einer Skala von 0 bis 4 einsamer als Männer, vorausgesetzt alle weiteren Variablen wie Alter, Herkunft, Bildung, Einkommen etc. sind gleich.

Quellen: SOEP-CoV und SOEP v36 mit Vorabdaten 2019; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

sollen zunächst allgemeine strukturelle Bedingungsfaktoren, wie der zeitliche Verlauf der Pandemie, das Bildungsniveau, aber auch der Zusammenhang von psychischer Verfasstheit und dem verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen untersucht werden.

Darüber hinaus stehen aber zwei Gruppen genauer im Fokus der Analysen, die in den öffentlichen Debatten der vergangenen Wochen als von der Pandemie besonders Betroffene diskutiert wurden: Frauen und jüngere Menschen. Frauen sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Rollenverteilung von den Einschränkungen des Schulbetriebs sowie der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Pflegebedürftige stärker betroffen. Auch wenn es die Tendenz gibt, dass Männer ihren zeitlichen Aufwand für Hausarbeit und Kinderbetreuung insgesamt erhöhen, so gilt weiterhin, dass Frauen die Hauptlast in beiden Bereichen tragen.¹⁰

¹⁰ Sabine Zinn, Michaela Kreyenfeld und Michael Bayer (2020): Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf. DIW aktuell 51 (online verfügbar).

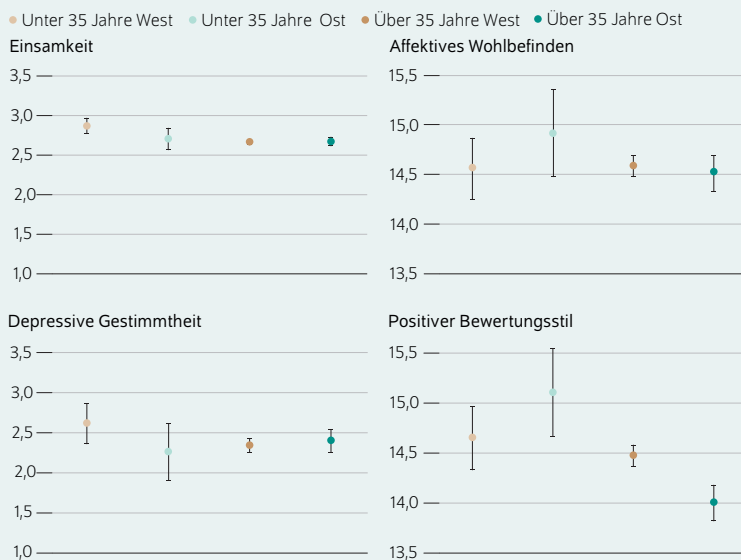
Untersuchungen zu Unterschieden in der psychischen Verfasstheit zwischen Ost- und Westdeutschland legen außerdem nahe, dass Unterschiede durch den weiblichen Teil der Bevölkerung verursacht werden. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren in der Gesamtstichprobe der Befragten keine oder nur unwesentliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland finden, zeigt die gruppenspezifische Betrachtung, dass im Osten deutlich mehr Frauen (nicht aber Männer) als im Westen an psychischen Störungen erkrankten.¹¹ Auch die Lebenszufriedenheit war bei Frauen in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren noch niedriger als bei Männern.¹²

¹¹ Frank Jacobi et al. (2014): Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung. Der Nervenarzt, 85(1), 77–87 sowie Robert Koch-Institut (Hrsg) (2014): Seelische Belastungen. Faktenblatt zu GEDA 2012: Ergebnisse der Studie Gesundheit in Deutschland aktuell 2012. RKI, Berlin (online verfügbar).

¹² Felicitas Belok und Rainer Faus (2017): Kartographie der politischen Landschaft in Deutschland. Gutachten für die Friedrich-Ebert Stiftung. Die wichtigsten Ergebnisse in Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung, 8.

Abbildung 4

Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen (unter und über 35-Jährige) in Ost- und Westdeutschland Jeweils Mittelwerte¹



¹ Für Einsamkeit auf einer Skala von 0 bis 4, für affektives Wohlbefinden auf einer Skala von 4 bis 20, für positiven Bewertungsstil auf einer Skala von 5 bis 20 und für die depressive Gestimmtheit auf einer Skala von 0 bis 12.

Anmerkung: marginale Effekte eines Regressionsmodells analog Tabelle 1, zur Gewichtung vgl. <https://www.soep-cov.de/Gewichtung/>

Quelle: SOEP-CoV, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2020

Unter 35-Jährige in Ostdeutschland liegen beim affektiven Wohlbefinden und dem positiven Bewertungsstil deutlich vor den Gleichaltrigen in Westdeutschland und den älteren Generationen in Ost und West.

Die zweite Gruppe sind jüngere Personen unter 35 Jahren. In dieser Gruppe finden sich junge Familien, die von den Einschränkungen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in besonderer Weise betroffen sind. Darüber hinaus beeinträchtigen die Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum und im kulturellen Bereich diese Altersgruppe besonders stark, da sie ein von den älteren Altersgruppen unterschiedliches Freizeitverhalten aufweisen. Die Betrachtung der Altersgruppe der unter 35-Jährigen – die Nachwendegeneration – ist darüber hinaus auch mit dem Blick auf die Frage nach bestehenden Ost-West-Unterschieden sinnvoll. So ist zum einen denkbar, dass sich Unterschiede vor allem in den älteren, DDR-sozialisierten Generationen finden, während sich jüngere Generationen mehr und mehr kulturell gleichen. Zum anderen ist es aber auch denkbar, dass sich die ökonomischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland insbesondere in der jüngeren Generation zunehmend in einer schlechteren psychischen Verfasstheit ausdrücken.¹³

¹³ Rainer Faus und Simon Storks (2019): Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten. OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. OBS Arbeitsheft, 96.

Frauen fühlen sich einsamer

Um die strukturellen Bedingungsfaktoren sowie mögliche Ost-West-Unterschiede in den psychischen Verfasstheiten der Frauen und den Angehörigen der Nachwendegeneration identifizieren zu können, wird auf Ergebnisse multivariater, linearer Regressionsschätzungen zurückgegriffen. Dabei wird zwischen erklärenden Variablen (Region, Phasen des Lockdowns, Geschlecht und Alter) unterschieden. Zusätzlich wird eine Reihe von Kontrollvariablen einbezogen (Bildung, Einkommen, Gesundheit und Wohnsituation) (Tabelle 1).

Ein Blick auf die Ergebnisse zeigt zunächst, dass die untersuchten psychischen Verfasstheiten stark durch sozioökonomische Faktoren beeinflusst werden: So ist mit einem höheren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen eine geringere *Einsamkeit*, ein höheres *affektives Wohlbefinden*, eine niedrigere *depressive Gestimmtheit* sowie eine *positive Bewertung von Stresssituationen* verbunden.

Dabei unterscheiden sich Frauen klar von Männern. Sie fühlen sich einsamer, berichten ein niedrigeres *affektives Wohlbefinden* und eine höhere *depressive Gestimmtheit*. Frauen in Ost- und Westdeutschland sind sich mit Blick auf *Einsamkeit* und *affektives Wohlbefinden* ähnlich (Tabelle 2). Sie unterscheiden sich zu Frauen in Westdeutschland jedoch in einem höheren Niveau an *depressiver Gestimmtheit* und einer geringeren *positiven Bewertung von Stresssituationen*.

Da sich auch die Männer im Osten bei Letzterem von ihren Geschlechtsgenossen im Westen unterscheiden, verweist dies auf eine ostdeutsche Befindlichkeit. Und: Im Osten lebende Männer zeigen ein deutlich geringeres Niveau an *depressiver Gestimmtheit* als im Westen lebende Männer. Mit Blick auf die *depressive Gestimmtheit* gibt es somit eine größere Kluft zwischen den Geschlechtern in Ostdeutschland.¹⁴

Jüngere im Osten sind positiver gestimmt

Lassen sich ähnliche Muster auch für die Nachwendegeneration in Ost- und Westdeutschland feststellen? Der Befund ist differenziert. Zunächst gibt die Gruppe der unter 35-Jährigen in Ost- und Westdeutschland im Mittel eine höhere *depressive Gestimmtheit* an, aber auch ein höheres *affektives Wohlbefinden* und eine *positive Bewertung von Stresssituationen* als die Gruppe der über 35-Jährigen (Tabelle 1). Betrachtet man die innerdeutschen Unterschiede genauer (Abbildung 4), so ist die jüngere Altersgruppe in Ostdeutschland weniger einsam und bewertet Stresssituationen tendenziell positiver als ihre AltersgenossInnen im Westen (Tabelle 2). Diese Unterschiede könnten teilweise auch durch junge BinnenmigrantInnen verursacht worden sein. Da in den

¹⁴ Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden auch dort sichtbar, wo Kinder im Haushalt sind. Frauen fühlen sich in diesen Haushalten einsamer als Männer, Männer hingegen weisen ein niedrigeres affektives Wohlbefinden und ein höheres Niveau an depressiver Gestimmtheit auf. Auch die Sicht auf Stresssituationen ist unterschiedlich: Während Frauen eine positivere Perspektive einnehmen im Vergleich zu Frauen ohne Kinder im Haushalt, unterscheiden sich die Männer von ihren Geschlechtsgenossen ohne Kindern durch eine negativere Perspektive.

vorliegenden Analysen der Wohnort als Gruppierungsvariable dient, zählen zu den im Osten lebenden unter 35-Jährigen auch die progressiven im Westen geborenen und dann in den „hippen“ Osten gezogenen Menschen. Aktuelle Analysen zeigen, dass die retrospektiv eingeschätzte Lebenszufriedenheit bei genau dieser Personengruppe am höchsten ist.¹⁵

Umgekehrt gilt, dass die im Osten lebenden Vorwende- generationen nicht nur im Vergleich zu ihren Gleichaltrigen im Westen, sondern vor allem auch im Vergleich zur Nachwende- generation im Osten Stresssituationen weniger positiv bewerten. Für die übrigen Indikatoren *affektives Wohlbefinden* und *depressive Gestimmtheit* lassen sich hingegen keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und den Altersgruppen beobachten.

Fazit: Unterschiede zwischen Ost und West verschärfen sich durch Corona nicht, Frauen benötigen jedoch mehr Unterstützung

In den Jahren seit der Wiedervereinigung hatten sich die Lebenszufriedenheit und das Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland immer weiter angenähert. Stellen die Herausforderungen der Corona-Pandemie diese Entwicklung nun in Frage? Die Analysen zeigen insgesamt, dass sich die Unterschiede in der psychischen Verfasstheit zwischen den in Ost- und Westdeutschland lebenden Menschen während der durch die Pandemie verursachten Krise nicht weiter verschärft haben. Doch zeigen sich mit den Lockdown-Maßnahmen in den Monaten April bis Anfang Juli 2020 unterschiedliche Entwicklungspfade für Ost- und Westdeutschland. So steigen bei in Ostdeutschland lebenden Menschen die Einsamkeit und mit Verzögerung auch die depressive Gestimmtheit stärker an als bei in Westdeutschland lebenden Menschen, sinken aber auch schneller wieder ab.

Darüber hinaus zeigen detailliertere Analysen, dass Frauen in Ost und West schlechtere psychische Verfasstheiten aufweisen als die Männer, die im Osten lebenden Frauen aber von depressiver Gestimmtheit stärker betroffen sind als Frauen im Westen. Dagegen ist die jüngere Generation der unter 35-Jährigen in Ostdeutschland weniger depressiv gestimmt als ihre im Westen lebenden AltersgenossInnen. Auch zeigt die im Osten lebende Nachwende- generation eine deutlich höhere Tendenz, in Krisensituationen auch Chancen zu sehen. Die Vermutung liegt nahe, dass gerade die Nachwende- generation im Osten eine höhere Resilienz bei Veränderungen hat.

Darüber hinaus zeigt sich, dass sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland affektives Wohlbefinden, depressive Gestimmtheit und positiver Bewertungsstil sehr eng mit der ökonomischen Situation der untersuchten Haushalte verbunden sind. Mit einem höheren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen steigt das affektive Wohlbefinden auch in der Pandemie, Einsamkeit und depressive Gestimmtheit sind niedriger.

Zudem verweisen die Ergebnisse erneut auf die besonders belastete Situation von Frauen und Familien mit Kindern. Eine verlässliche Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen reduziert den Analysen zufolge die Belastung und die damit verbundenen psychischen Beeinträchtigungen.

Insbesondere die Zunahme depressiver Gestimmtheiten sollte zukünftig weiter beobachtet werden. Zwar liegt sie aktuell noch auf dem Niveau von 2016, könnte aber – sollte sie weiter ansteigen – bedeutsame gesellschaftliche Auswirkungen haben. Hier gilt es, in der öffentlichen Debatte auch die Fortschritte bei der Bekämpfung der Ausbreitung der Pandemie stärker zu betonen, damit sich das Bild der Ausweglosigkeit nicht verfestigt. Was die Situation der jüngeren Altersgruppen anbelangt, so zeigen sich diese aktuell durchaus als anpassungsfähig an die Krise. Dies ist erkennbar daran, dass die Tendenz zunimmt, sich mit der Situation zu arrangieren. Doch sollte diese Bereitschaft nicht überstrapaziert werden. Die Politik muss deshalb auch weiterhin Sorge dafür tragen, dass es trotz der notwendigen Vorkehrungen zur Eindämmung des Virus Möglichkeiten des sozialen Kontaktes und der Freizeitgestaltung gibt.

¹⁵ Theresa Iglaue, Jürgen Schupp und Maximilian Priem (2021): Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. In: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (Hrsg.): Datenreport 2020. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (im Erscheinen).

Stefan Liebig ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW sowie Mitglied des DIW Vorstands | sliebig@diw.de

Laura Buchinger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | lbuchinger@diw.de

Theresa Entringer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | tentringer@diw.de

Simon Kühne ist akademischer Rat im Bereich Empirische Sozialforschung mit dem Schwerpunkt quantitative Methoden an der Universität Bielefeld | simon.kuehne@uni-bielefeld.de

JEL: I14

Keywords: German reunification, covid-19, corona, mental health, well-being, resilience



INTERVIEW

„Die Müttererwerbstätigkeit und die Renteneinkommen gleichen sich in Ost und West an“

Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin
der Abteilung Bildung und Familie
am DIW Berlin

1. **Frau Spieß, in der DDR lag die Erwerbsquote von Frauen im arbeitsfähigen Alter deutlich höher als in Westdeutschland. Sie haben die Berufstätigkeit von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern und ihre Einstellung zur Erwerbstätigkeit untersucht. Inwieweit zeigen sich hier noch heute Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland?** Die Erwerbstätigkeit von Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern unter elf Jahren hat sich seit der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland in beiden Landesteilen angenähert. Auch bei den in Ost- und Westdeutschland angestiegenen Teilzeitquoten von Frauen gibt es eine Angleichung. Allerdings zeigt sich bei der Vollzeit-erwerbstätigkeit keine Angleichung. Hier sehen wir deutlich, dass Mütter in Ostdeutschland immer noch eine höhere Erwerbstätigenquote bei den Vollzeit-erwerbstätigen haben als Mütter in Westdeutschland.
2. **Ist die Erwerbseinstellung unabhängig vom Alter der Mütter?** Nein. Wir können sehr deutlich sehen, dass es gerade in Ostdeutschland bei jüngeren Frauen bemerkenswerterweise eine geringere Zustimmung zur Vollzeit-erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern gibt als bei älteren Alterskohorten. Das heißt, Menschen, die mehr Erfahrungen mit der DDR hatten, stimmen einer Vollzeit-erwerbstätigkeit von Müttern eher zu als die jüngeren Alterskohorten. Aber auch in Westdeutschland können wir bei Frauen diesen Trend beobachten, wenn auch nicht so deutlich.
3. **Inwieweit hat der Zuzug von Menschen aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland die Erwerbstätigkeit von westdeutschen Frauen beeinflusst?** KollegenInnen am DIW haben untersucht, wie sich die Zuwanderung nach der Wiedervereinigung in Regionen, die nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze lagen, auf die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen ausgewirkt hat. Wir sehen, dass in diesen Regionen, die einen überdurchschnittlichen Zuzug verzeichnen können, die Erwerbstätigkeit von Frauen tatsächlich höher war als in den anderen Regionen.
4. **Welchen Einfluss hat die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen in Ostdeutschland auf das Renten-, beziehungsweise das Alterseinkommen?** Kollegen von mir konnten feststellen, dass sich die Leistungen, die Personen aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen, über die Jahre nach der Wiedervereinigung angeglichen haben. Bei anderen Alterseinkommen gibt es allerdings nach wie vor große Unterschiede, die auch dadurch zustande kommen, dass in Westdeutschland Viele private und betriebliche Renteneinkommen oder Vermögenseinkommen haben. Die Alterseinkommen zwischen Ost und West sind also insgesamt noch unterschiedlich, gleichwohl wir bei dem Einkommen aus der gesetzlichen Rente Angleichungen beobachten können.
5. **Wie ist die Angleichung von Ost und West in Bezug auf den Umgang mit der Corona-Pandemie zu sehen?** Mit dem Wohlbefinden in dieser Krise haben sich KollegInnen befasst und können sehen, dass es in dieser Coronazeit in der Lebenszufriedenheit doch wieder zu Unterschieden gekommen ist. Bei den Ostdeutschen ist die Einsamkeit stärker als im Westen gestiegen. Interessant ist aber, dass dieses Empfinden von Einsamkeit auch wieder schneller zurückging als im Westen. Wir können aber auch sehen, dass Frauen, die im Osten leben, häufig stärker mental von der Coronakrise betroffen waren als Männer und Frauen in Westdeutschland. Dagegen sind jüngere Kohorten im Osten krisenresistenter als ihre AltersgenossInnen im Westen und auch als die ältere Generation im Osten. Die jüngere Kohorte im Osten ist also relativ gut durch die Coronakrise gekommen, wenn man dies am Wohlbefinden festmacht.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

Liebe LeserInnen des DIW Wochenberichts,

in Tabelle 5 auf Seite 669 des DIW Wochenberichts 37/2020 hat sich im Bericht „Deutsche Wirtschaft: Auf dem langen Weg zurück in die Normalität“ leider der Fehlerteufel eingeschlichen. Die korrigierte Tabelle 5 finden Sie nachfolgend, die geänderten Zahlen sind rot eingefärbt.

Wir bitten den Fehler zu entschuldigen!

Tabelle 5

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

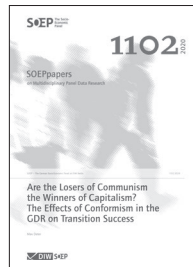
	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2	80
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	81
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	79
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	76
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69
2017	45,6	23,5	16,9	44,2	1,0	2,2	1,4	4,4	65
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	2,3	1,8	3,9	62
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	2,5	1,5	3,3	60
2020	46,3	22,6	18,0	52,8	0,6	2,8	-6,5	2,9	75
2021	46,5	23,4	17,6	50,3	0,5	2,8	-3,8	2,1	75
2022	46,6	23,4	17,8	48,7	0,4	2,8	-2,1	1,7	74
2022/2019	46,5	23,4	17,7	49,3	0,6	2,7	-2,7	2,5	71

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2020.

SOEP Papers Nr. 1102
2020 | Max Deter



Are the Losers of Communism the Winners of Capitalism? The Effects of Conformism in the GDR on Transition Success

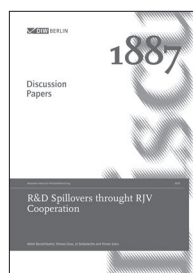
Following the fall of the Iron Curtain it was important for the acceptance of the new economic and political system that the former Communist elites did not maintain their privileges, and that protesters, who helped to overturn the old system, improved their situation. With newly available panel data on East Germany's socialist past, the German Democratic Republic, we analyze how former Communist elites, dissidents, and the "silent majority" were affected by the transition from socialism into today's market-based democracy.

Applying random effects models, the results reveal that the transition reduced economic outcomes for former Communist elites in terms of life satisfaction, income, and employment. The transition had a positive impact on political dissidents and victims of repression. The transition success of the "silent majority" depended on the inner support of the system, that is, low support of the GDR predicts better outcomes in capitalism. Individual preferences for economic liberalism, risk, and trust in others can partly explain selection into Communist elites and dissidents, as well as differences in outcomes of the change from socialism to capitalism for these two groups.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1887
2020 | Albert Banal-Estañol, Tomaso Duso, Jo Seldeslachts, Florian Szücs



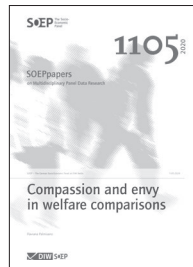
R&D Spillovers through RJV Cooperation

We investigate the dimensions through which R&D spillovers are propagated across firms via cooperation through Research Joint Ventures (RJVs). We build on the framework developed by Bloom et al. (2013) which considers the opposing effects of technology spillovers and product market rivalry, and extend it to account for RJVs. Our main findings are that the adverse effects of product market rivalry are mitigated if firms cooperate in RJVs and that R&D spending is reduced among technologically close RJV participants.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1105
2020 | Flaviana Palmisano



Compassion and Envy in Welfare Comparisons

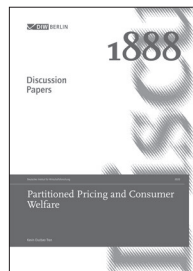
Normative-based distributional comparisons across countries and over time usually build upon the assumption that individuals are selfish. However, there is a consolidated evidence that individuals also care about what others have. In this paper we propose a framework for comparing and ranking distributions that includes non-individualistic possibilities. Specifically, we consider ranking criteria that account, in one case, for the feeling of compassion that is generated by those having lower resources and, in the other case, for the feeling of envy that is generated by those having higher resources. We illustrate our framework using CNEF data for Australia, Korea, Germany, Russia, Switzerland and the US

and show that accounting for the presence of envy and compassion might lead to different rankings.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1888
2020 | Kevin Ducbao Tran



Partitioned Pricing and Consumer Welfare

In online commerce, obfuscation strategies by sellers are hypothesized to mislead consumers to their detriment and to the profit of sellers. One such obfuscation strategy is partitioned pricing in which the price is split into a base price and add-on fees. While empirical evidence suggests that partitioned pricing affects consumer decisions through salience effects, its consumer welfare consequences are largely unexplored. Therefore, I provide a quantification of the welfare impact of the behavioral response to partitioned pricing. To do so, I derive a discrete choice model that jointly allows for differences in the reaction to marginal changes in add-on fees and the base price as well as a discontinuous effect of

a zero fee. The model is based on a framework on limited attention and I estimate it using web scraped data of posted price transactions on eBay Germany. My results suggest under-reaction to marginal changes in the shipping fee, consistent with previous results in the literature. However, I also document a discontinuous positive effect of free shipping on consumer demand, which is novel to the literature. The combined impact of these effects on consumer welfare is less than six percent of consumer surplus. The welfare impact is attenuated because the maximum shipping fee on eBay is capped and the free shipping effect partly counteracts the under-reaction to shipping fees in expectation.

Kevin Ducbao Tran

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





FRANZISKA SCHÜTZE

Grüne Bundesanleihen brauchen grüne Investitionen

Franziska Schütze ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzwirtschaft zu machen. Im Klimaschutzprogramm 2030 wurde die Rolle des Finanzmarktes im Kampf gegen den Klimawandel bereits betont, bisher folgten aber noch keine konkreten Schritte. Nun schafft die Bundesregierung erste Fakten. Anfang September wurde erstmals eine grüne Bundesanleihe platziert, die dem Bund 6,5 Milliarden Euro einbrachte. Ende des Jahres soll eine weitere folgen. Damit würde die Summe der Green Bonds im Gesamtjahr auf bis zu zwölf Milliarden Euro steigen.

Wird Deutschland damit zum Vorreiter auf dem grünen Finanzmarkt? Die Idee ist gut, aber nicht neu. Im Jahr 2016 hat Polen als erstes Land grüne Staatsanleihen im Volumen von 750 Millionen Euro auf den Markt gebracht – gefolgt von anderen europäischen Ländern wie Frankreich (2017), Belgien (2018) und den Niederlanden (2019) mit je sechs bis sieben Milliarden Euro. Damit ist das Volumen der deutschen Anleihe international durchaus vergleichbar. Im Verhältnis zu den insgesamt geplanten Bundesanleihen von etwa 210 Milliarden Euro im Jahr 2020 liegt der Anteil aber bei nur vier bis sechs Prozent. Da zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zusätzliche Bundesanleihen emittiert werden, sinkt der Anteil der grünen Anleihen im Verhältnis entsprechend stärker.

Ein Aspekt ist dennoch neu. Der entscheidende Unterschied liegt in der Struktur der Anleihe. Als „Zwillingsanleihe“ kann eine grüne Anleihe jederzeit gegen eine konventionelle getauscht werden, um auch bei kleinen Emissionsvolumen ausreichend Liquidität sicherzustellen. Das Interesse von Investoren war groß, die Anleihe mehrfach überzeichnet.

Es drängt sich aber die Frage nach dem tatsächlichen Effekt des neuen Finanzproduktes auf. Hierbei muss zwischen der Wirkung auf das Portfolio von Investoren und der Wirkung auf reale Investitionen und die Gesamtwirtschaft unterschieden werden. Die grüne Anleihe enthält zusätzlich ein grünes Zertifikat, also ein Versprechen, dass die Erlöse für Klima- und Umweltschutz verwendet werden.

Um die Klimawirkung eines Investment-Portfolios zu ermitteln, müssen die CO₂-Intensität beider Anleihen-Zwillinge und ihre Wechselwirkung betrachtet werden. Der grüne Zwilling macht ein Portfolio auf den ersten Blick etwas klimafreundlicher. Da die Erlöse des ihm zur Seite gestellten konventionellen Zwillings dann aber seltener in nachhaltige Projekte fließen, hebt sich dieser positive Effekt wieder auf. Die Auswirkungen auf die Klimapolitik der Bundesregierung sind damit also begrenzt.

Auf die Treibhausgasemissionen eines Landes hat die Trennung in grüne und konventionelle Staatsanleihen auch aus einem anderen Grund vorerst keinen Effekt. Die so generierten Einnahmen sollen bisher nur in Projekte fließen, die ohnehin schon im Bundeshaushalt vorgesehen waren.

Die gewünschte Wirkung hätten die grünen Anleihen nur, wenn ihr Anteil so stark erhöht würde, dass dadurch ein stärkerer Anreiz entsteht, staatliche Ausgaben und Investitionen nachhaltig umzugestalten. Daher ist zu begrüßen, dass regelmäßige grüne Staatsanleihen mit verschiedenen Laufzeiten geplant sind. Dies ermöglicht Planbarkeit und erhöht die Transparenz für AnlegerInnen. Um eine Wirkung auf das Klima und die Treibhausgasemissionen zu entfalten, braucht es jedoch zusätzlich ein Ziel für die Erhöhung der Investitionen in Klima- und Umweltschutz. Die starke Nachfrage nach grünen Anleihen durch private und öffentliche Anleger zeigt, dass die Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft sind.

Grüne Bundesanleihen sind ein erster Schritt und ein wichtiges Signal an den Finanzmarkt. Sie verpflichten zu mehr Transparenz in der Verwendung der Staatsausgaben und schaffen Prozesse, die das Monitoring verbessern. Damit sie aber tatsächlich eine positive Klimawirkung entfalten, muss zudem ein grüner Staatshaushalt verabschiedet werden, mit dem neue grüne Projekte angestoßen und finanziert werden. Die Bundesregierung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten!